

20. Wahlperiode



Deutscher Bundestag

Ausschuss für Bildung, Forschung und
Technikfolgenabschätzung

Wortprotokoll der 77. Sitzung

Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Berlin, den 26. Juni 2024, 09:30 Uhr

Marie-Elisabeth-Lüders-Haus - Anhörungssaal - (3.101)

Vorsitz: Kai Gehring, MdB

Tagesordnung – Öffentliche Anhörung

Tagesordnungspunkt 1

Seite 7

Einladung des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Berichterstatter/in:

Abg. Maja Wallstein [SPD]
Abg. Daniela Ludwig [CDU/CSU]
Abg. Marlene Schönberger [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Ria Schröder [FDP]
Abg. Dr. Götz Frömming [AfD]
Abg. Nicole Gohlke [Die Linke]
Abg. Ali Al-Dailami [BSW]

Fachgespräch

zum Thema "Antisemitismus an Bildungs- und
Forschungseinrichtungen bekämpfen"

Selbstbefassung 20(18)SB-85



Mitglieder des Ausschusses

Fraktionen und Gruppen	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Becker, Dr. Holger Kaczmarek, Oliver Mann, Holger Rabanus, Martin Rhie, Ye-One Rosenthal, Jessica Stüwe, Ruppert Wagner, Dr. Carolin Wallstein, Maja	
CDU/CSU	Albani, Stephan Altenkamp, Norbert Maria Connemann, Gitta Föhr, Alexander Gräßle, Dr. Ingeborg Grütters, Monika Jarzombek, Thomas Ludwig, Daniela Rohwer, Lars Staffler, Katrin	
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Christmann, Dr. Anna Gehring, Kai Kraft, Laura Reinalter, Dr. Anja Schönberger, Marlene	
FDP	Boginski, Friedhelm Funke-Kaiser, Maximilian Schröder, Ria Seiter, Dr. Stephan	
AfD	Frömming, Dr. Götz Kaufmann, Dr. Michael	Benkstein, Barbara
Die Linke	Gohlke, Nicole	Sitte, Dr. Petra
BSW	Al-Dailami, Ali	



Teilnehmende Sachverständige

Name	Institution
Dr. Elio Adler	WerteInitiative e.V.
Shila Erlbaum	Zentralrat der Juden in Deutschland
Dr. Felix Klein	Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus
Susanne Krause-Hinrichs	Stiftung für Toleranz und Völkerverständigung
Prof. Dr. Stefan Müller	Frankfurt University of Applied Science
Noam Petri	Jüdische Studierendenunion Deutschland
Prof. Dr. Walter Rosenthal	Hochschulrektorenkonferenz (HRK)
Prof. Dr. Samuel Salzborn	Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin



Sprechregister Abgeordnete

	Seite
--	--------------

SPD

Maja Wallstein	15
Oliver Kaczmarek	23
Ruppert Stüwe	27
Dr. Carolin Wagner	30

CDU/CSU

Daniela Ludwig	15
Gitta Connemann	23
Prof. Monika Grüters	28
Thomas Jarzombek	29

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Marlene Schönberger	17, 24
---------------------	--------

FDP

Ria Schröder	18, 25, 26
--------------	------------

AfD

Dr. Götz Frömming	19, 20, 26, 30
-------------------	----------------

DIE LINKE

Nicole Gohlke	21, 27
---------------	--------

BSW

Ali Al-Dailami	22, 27
----------------	--------



Sprechregister Sachverständige

	Seite
Dr. Elio Adler	8, 25, 26
Shila Erlbaum	8, 16, 23, 26
Dr. Felix Klein	9, 27, 28, 30
Susanne Krause-Hinrichs	10, 15, 23
Prof. Dr. Stefan Müller	11, 24
Noam Petri	12, 16, 22, 29, 30
Prof. Dr. Walter Rosenthal	13, 19, 20, 21, 24, 28
Prof. Dr. Samuel Salzborn	14, 17, 25



Stellungnahmen nicht eingeladener Sachverständiger

Ausschussdrucksachen

20(18)248a – der Gruppe jüdischer Akademiker*innen und Studierenden

20(18)248b – der TU Berlin - Zentrum für Antisemitismusforschung



Tagesordnungspunkt 1

Einladung des Ausschusses für Bildung,
Forschung und Technikfolgenabschätzung

Fachgespräch zum Thema "Antisemitismus an Bildungs- und Forschungseinrichtungen bekämpfen"

Selbstbefassung 20(18)SB-85

Der **Vorsitzende Kai Gehring**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ganz herzlich willkommen zu unserer 77. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung hier im Deutschen Bundestag. Wir starten direkt durch mit unserem Fachgespräch „Antisemitismus an Bildungs- und Forschungseinrichtungen bekämpfen“, auf das wir uns interfraktionell vorverständigt haben. Es handelt sich hier um ein öffentliches Fachgespräch, was sowohl hier in Präsenzsitzung stattfindet als auch per WebEx-Videokonferenz, welche live überträgt und zugleich aufgezeichnet wird. Nichtsdestotrotz gibt es dann das gute alte Wortprotokoll.

Ich begrüße ganz besonders alle externen Expertinnen und Experten, die sich heute zur Verfügung stellen, um mit uns in den Austausch zu treten. Zum einen Dr. Elio Adler von der WerteInitiative e.V., Shila Erlbaum vom Zentralrat der Juden in Deutschland, Dr. Felix Klein als Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus, Susanne Krause-Hinrichs von der Stiftung für Toleranz und Völkerverständigung, Professor Dr. Stefan Müller von der Frankfurt University of Applied Science, Noam Petri von der Jüdischen Studierendenunion Deutschland, Professor Dr. Walter Rosenthal, Präsident der Hochschulrektorenkonferenz HHK und Professor Dr. Samuel Salzborn, Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin. Danke schon jetzt, dass Sie sich zur Verfügung stellen und unserer Einladung gefolgt sind.

Bevor wir in die Statementrunde einsteigen, zur Strukturierung unseres Fachgesprächs noch folgende Hinweise. Gemäß einer interfraktionellen Vereinbarung werden die Sachverständigen die Gelegenheit für ein dreiminütiges Eingangsstatement haben. Es wäre großartig, wenn Sie nicht allzu sehr überziehen. Der Aufruf erfolgt

in alphabetischer Reihenfolge, in der Sie auch vor uns sitzen. Die Reihenfolge der Berichterstattenden und Fragenden richtet sich nach der Fraktions- und Gruppenstärke. Es wird in der Berichterstatterinnen- und Berichterstatterrunde so sein, dass fünf Minuten Frage-Antwort-Kontingent für die Fraktionen und für die Gruppen jeweils die Hälfte der Zeit zur Verfügung stehen. Genauso verfahren wir bei den Nachfragerunden, wo die Zeit für die Fraktionen auf drei Minuten festgelegt wird und für die Gruppen auf anderthalb Minuten. Das Ende des Fachgesprächs sollte spätestens 11:20 Uhr sein, weil wir danach noch eine weitere reguläre Ausschusssitzung mit einer vollen Tagesordnung haben.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, seit dem grausamen Hamas-Terrorangriff auf Israel, haben antisemitische Übergriffe weltweit und hierzulande zugenommen. Das ist inakzeptabel. Auch an deutschen Schulen und Hochschulen müssen sich Jüdinnen und Juden sicher fühlen. Antisemitismus tritt in jeder Form und unterschiedlichen Zusammenhängen zu Tage und stellt dadurch oft eine unerkannte Gefahr dar. Die Bundeszentrale für politische Bildung differenziert hierbei zwischen völkisch oder rassistischem Antisemitismus, sekundärem oder Schuldabwehrmechanismus, israelbezogenem Antisemitismus und verschwörungsideologischem Antisemitismus. Gegen jede Form von Antisemitismus und egal von wem braucht es eine klare Kante. Jüdisches Leben in Deutschland muss geschützt werden. In polarisierten Zeiten brauchen wir mehr Dialogbereitschaft, Differenziertheit und weniger Reflexhaftigkeit. Protest gehört in einer lebendigen Demokratie dazu, nicht aber organisierte Verrohung und Radikalisierung oder Vandalismus in Hörsälen. Hochschulen sind eben keine rechtsfreien Räume, sondern Hochschulleitungen können von ihrem Hausrecht Gebrauch machen. Momentan wird aus verschiedenen Richtungen versucht, Hochschulen als Kampfzonen zu instrumentalisieren, dabei wäre es wichtiger, sie in ihrer Diskursrolle zu stärken, wobei Fragen wie das Existenzrecht Israels niemals infrage gestellt werden dürfen. Lehrkräfte an Schulen, Professorinnen und Professoren an Hochschulen sind auch Akteure für die Demokratiebildung und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren für ein



friedvolles Miteinander. Gerade an unseren Schulen und Hochschulen muss es Raum geben, um sachlich, antiextremistisch und mit Empathie zu diskutieren. Ich gehe davon aus, dass uns das in unserem heutigen Fachgespräch gelingt. Vielen Dank an Sie als Expertinnen und Experten. Ich erteile jetzt das Wort Dr. Elio Adler von der WerteInitiative e.V.

Dr. Elio Adler (WerteInitiative e.V.): Guten Morgen, sehr geehrte Damen und Herren, vielen Dank für diese Einladung. Ich bin hier als Vertreter der jüdischen zivilgesellschaftlichen Organisation der WerteInitiative. Wir haben uns die Sicherung einer jüdischen Zukunft in Deutschland als Ziel gesetzt und ich kann Ihnen sagen, das ist kein Alarmismus, das ist Realität, diese Zukunft ist in absolut grösster Gefahr. Aber nicht nur unsere Zukunft als Juden in Deutschland, sondern auch die Demokratie, die freiheitliche Demokratie, die Gesellschaft insgesamt ist unter extremem Druck. Wir Juden merken es nur früher. Wenn wir sehen, was sich nicht nur an Universitäten, sondern auch auf den Straßen entwickelt hat und Universitäten eigentlich sichere Orte für Studierende sein sollten, kann einem wirklich – Entschuldigung – nur schlecht werden. Einige Unis wurden zu Orten, an denen unverhohlenen Terrorismus, Vergewaltigungen und Geiselnahmen nicht nur nicht erwähnt oder verharmlost, sondern sogar verherrlicht wurden. Wenn das die Orte sind, an denen die intellektuelle Elite von morgen geprägt wird, dann wissen wir, was uns erwartet, nämlich keine gemeinsame Zukunft.

Bei diesen Protesten stehen immer wieder Personen aus dem linksautoritären oder islamistischen Milieu im Vordergrund. Die Akteure werden von denen angefeuert, denen die Destabilisierung der westlichen Welt am Herzen liegt, im konkreten Russland und im Iran, strukturell, organisatorisch, aber auch über die sozialen Medien. Die Interessen der Palästinenser sind dabei wieder nur politischer Spielball. Sie werden missbraucht, um in Wahrheit an den Pfeilern unseres Zusammenlebens zu sägen. Und das funktioniert deshalb so gut, weil in Teilen der Gesellschaft ein mit antisemitischen Narrativen getränkter Nährboden besteht. Alte judenfeindliche Bilder werden reaktiviert und als Anti-Zionismus umgelabelt. So können die

Protestler ein Klima der Angst an Universitäten und in Teilen des öffentlichen Raums erzeugen. Jüdische Studierende haben oft Sorge, zur Vorlesung zu gehen und setzen teilweise ihre Studien im Ausland fort.

Wo ist denn die Gegenreaktion der Mehrheit der Studierenden, die damit angeblich nichts zu tun haben? Es sei ja nur eine Minderheit, die das Initiiieren würde? Wo ist der Aufschrei der Hochschullehrerinnen und Lehrer, die den Brief zum Schutz und zur Straffreiheit der Hamas-Versteher nicht unterzeichnet haben? Wenn Gruppen anfangen, mit ihren politischen Überzeugungen eine Gesellschaft zu drangsalieren, ist eine rote Linie überschritten. Und nicht nur die Strafbarkeitsgrenze sollte die Verantwortlichen von Universitäten als Schwelle sehen, ab der sie sich positionieren. Der Widerspruch muss deutlich früher beginnen. Es geht um viel mehr als um Antisemitismus und um uns Juden. Es geht um die Art, wie wir zusammenleben wollen, um die Freiheit und die Demokratie und einen funktionierenden Rechtsstaat, der uns schützt. Eine Drangsalierung, eine Grenzüberschreitung bahnt den Weg für die Nächste. Und gerade an Unis sollten die Verantwortlichen so viel Weitsicht haben, das zu erkennen und sich dem entgegenzustellen. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Danke, Herr Dr. Adler. Zum zweiten Mal bei uns im Ausschuss zu Gast, Shila Erlbaum vom Zentralrat der Juden. Bitte schön.

Shila Erlbaum (Zentralrat der Juden in Deutschland): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Abgeordnete, ich danke Ihnen für die Möglichkeit, im Namen des Zentralrats der Juden Stellung zu beziehen. Gestern wurde der bundesweite Jahresbericht des RIAS (Bundesverbandes der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e.V.) zur Zahl antisemitischer Vorfälle im Jahr 2023 vorgestellt. Er zeigt einen immensen Anstieg an Antisemitismus, seit dem 7. Oktober. Hinter den Zahlen verbergen sich Menschen, Menschen, die ihre jüdische Identität und damit sich selbst verbergen. Jüdische Studierende fühlen sich an Hochschulen nicht sicher. Jene, die noch an die Unis gehen, machen sich unsichtbar. Andere verpassen gerade das zweite laufende Semester, weil sie den Hass, der ihnen an den Hochschulen



entgegenschlägt, einfach nicht mehr aushalten können, weil sie den Hass nicht mehr aushalten wollen und können. Dieser Hass ergießt sich aber nicht nur über jüdische Studierende, sondern über alle, die sich gegen Antisemitismus oder für das Existenzrecht Israels einsetzen. Dieser Hass manifestiert sich auch physisch. Erst im Februar mussten wir erleben, dass ein jüdischer Student der FU Berlin von einem Kommilitonen verprügelt wurde. Allein gestern wurden mir persönlich von zwei Fällen des Mobbings und täglichen Angriffs auf jüdische Schüler berichtet. Aber auch jüdische Lehrende sind betroffen. In Hannover wurde eine jüdische Dozentin von einer pro-palästinensischen Gruppe ins Visier genommen. Ihr Foto wurde in sozialen Medien verbreitet und seither muss sie auf dem Campus von einem Sicherheitsdienst begleitet werden.

Die Camps an den Universitäten sind nichts anderes als von außen gesteuerte Propagandaveranstaltungen für die Ideologie der Hamas, für die sich manche Studierende als nützliche Idioten hergeben. Die sehr gut vernetzten Hintermänner und Organisatoren sind Teil einer hochgradig aggressiven und aktivistischen Szene. Sie sorgen für Zerstörungen in Universitätsgebäuden und verbreiten Hassaufrufe gegen Juden, aber auch gegen Universitätsleitungen. Dabei wird Hamas-Propaganda eingesetzt, ob es Parolen wie »from the river to the sea« oder das auf den Kopf gestellte Dreieck, mit dem die Hamas ihre Angriffsziele markiert sind, sind. Immer wieder wird versucht, Antisemitismus mit vermeintlicher Meinungsfreiheit zu legitimieren. Antisemitismus ist keine Meinung, sondern Hass. Der vermeintlich gesuchte Diskurs wird nicht zugelassen, im Gegenteil, das Gegenüber wird niedergebrüllt. Wer Antisemitismus aufzeigt, wird oft mit Rassismusvorwürfen überhäuft und neuerdings wird antipalästinensischer Rassismus ins Feld gebracht, um jüdische und antisemitismuskritische Stimmen zum Schweigen zu bringen und zu delegitimieren.

Theorien, die Israel als vermeintlich kolonialen Staat darstellen und Tatsachen verdrehen, finden verstärkt Eingang in verschiedene universitäre Disziplinen. Dabei kann Wissenschaft dabei helfen, Antisemitismus zu bekämpfen. Hochschulen müssen aufklären und

wissenschaftlich fundiert Theorien widerlegen, anstatt auf fragwürdigen Theorien zu beharren. Nicht nur in der Forschung, auch in der Lehre. Wir brauchen eine verpflichtende modulare Verankerung von relevanten Inhalten in der Lehre, das heißt Kenntnisse über Antisemitismus, das Judentum und Israel. Es müssen Ressourcen bereitgestellt werden und eine nachhaltige Infrastruktur aufgebaut werden, die es ermöglicht, strukturell gegen Antisemitismus vorzugehen. An Universitäten, an außeruniversitären Einrichtungen, aber auch an Schulen. Alle Mitarbeitenden, nicht nur Lehrpersonen, müssen aufgeklärt und geschult werden, um Antisemitismus zu erkennen, gerade wenn er noch nicht strafbewehrt ist. Zudem sollten antisemitismuskritische Projekte endlich dauerhaft gefördert werden, damit das erarbeitete Know-how nicht mit Ablauf der Förderperiode verloren geht. Antisemitismus ist eine Gefahr für die gesamte Gesellschaft. Es hört nicht mit den Juden auf. Danke.

Der **Vorsitzende**: Danke, Frau Erlbaum. Wir kommen jetzt zu Dr. Felix Klein, Beauftragter der Bundesregierung gegen Antisemitismus.

Dr. Felix Klein (Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und Kampf gegen Antisemitismus): Vielen Dank, lieber Herr Vorsitzender. Ich danke Ihnen vielmals, dass Sie heute mehrere Stimmen, die die Situation aus der Betroffenenperspektive einordnen, eingeladen haben. Wir haben gerade zwei jüdische Vertreter gehört und was wir schon gehört haben und noch hören werden, lässt sich kurz so zusammenfassen. Wir erleben eine absolut unhaltbare Situation für Jüdinnen und Juden an Bildungseinrichtungen in ganz Deutschland. Und unhaltbar ist hier wirklich keine Floskel. Ich möchte es klar und deutlich sagen. Es ist für die Bundesregierung absolut und ausnahmslos inakzeptabel, dass Jüdinnen und Juden an ihrem Grundrecht auf Bildung gehindert werden. Denn nichts anderes als das ist die Konsequenz von den Entwicklungen an Universitäten und Schulen. Über antisemitische Proteste und Hetze an Hochschulen wird berichtet und debattiert. Das heißt jedoch nicht, dass auch entsprechend gehandelt wird. Und zunächst möchte ich die Polizei hier ausdrücklich loben, die gegen sogenannte Protestcamps konsequent, aber auch besonnen vorgeht. Aber doch ist das



verklärende Verständnis von Fakultätsmitgliedern für die Verbreitung von judenfeindlichem Hass und die Schaffung einer Stimmung der Gewalt gegen jüdische Studierende und Lehrende, wenn diese im Gewand des Einsatzes für Menschenrechte daherkommen, akademischen Einrichtungen nicht würdig.

Wir haben es bei der bereits erwähnten documenta fifteen und aber auch bei einem bayerischen Spitzenpolitiker gesehen. Und erleben es nun auch bei den Leistungen großer renommierter Universitäten. Antisemitismus wird als Kavaliersdelikt behandelt. Man kann ihn äußern, entschuldigt sich dann halbherzig und kann dann zur Tagesordnung übergehen. Das muss sich ändern. Wer Antisemitismus verbreitet, muss von der Gesellschaft dazu angehalten werden, die Konsequenzen zu tragen. So unbefriedigend diese Debatte über Judenhass an Universitäten auch sein mag, so findet sie wenigstens statt. Ganz im Gegensatz zur Situation an den Schulen. Laut dem bereits erwähnten, gestern veröffentlichten Jahresbericht zu antisemitischen Vorfällen des Bundesverbandes RIAS, gab es im vergangenen Jahr 471 antisemitische Vorfälle an Bildungseinrichtungen. 233 davon, also nahezu die Hälfte, ereigneten sich an Schulen und damit häufiger als an Hochschulen. Es werden also auch schon Jüdinnen und Juden im jüngsten Alter an einem Ort, den sie fast täglich besuchen müssen, für das jüdisch sein angegriffen.

Gemeinsam mit der Bund-Länder-Kommission der Antisemitismusbeauftragten habe ich schon am 6. November vergangenen Jahres gefordert, dass die Hochschulen erstens prüfen, wie Rechtsverstöße auf Veranstaltungen unterbunden werden können, dass zweitens alles Erforderliche unternommen wird, um den Schutz jüdischer, israelischer und sich mit Israel bzw. Jüdinnen und Juden solidarisierenden Studierenden zu gewährleisten und drittens die Ernennung von Antisemitismusbeauftragten an den Hochschulen zu prüfen. An einigen Universitäten funktioniert all dies oder Teile davon sehr gut, an anderen weniger, wie die Berufung eines Antisemitismusbeauftragten an der Technischen Universität Berlin, der bei den Betroffenen keinerlei Vertrauen genießt, zeigt. Es gibt hier also noch an vielen Stellen intensiven

Nachbesserungsbedarf. Ich freue mich sehr, dass ich mit dem Präsidenten der Hochschulrektorenkonferenz, dem hier anwesenden Professor Rosenthal, dazu in engem und zielführendem Kontakt und Austausch stehe. Und das geht auch weiter. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Der **Vorsitzende**: Danke, Herr Dr. Klein. Wir kommen jetzt zu Susanne Krause-Hinrichs von der Stiftung für Toleranz und Völkerverständigung. Bitte schön.

Susanne Krause-Hinrichs (Stiftung für Toleranz und Völkerverständigung): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, vielen Dank, dass ich hier Stellung nehmen darf. Antisemitische Stereotype verfangen seit 2000 Jahren und sind wirksam, weil sie entlastende und scheinbar vereinfachende Erklärungsmuster in einer komplexen Welt, eingeschlossenen passender Feindbilder und Gruppenzugehörigkeit anbieten. Leider hat sich auch an deutschen Hochschulen, die eigentlich die anspruchsvollsten Orte kritischer Reflexion sein sollen, vor allem der israelbezogene Antisemitismus ausgebreitet. Diese Entwicklung vollzieht sich seit Jahren. Die jüngsten Ausbrüche von gewalttätigem Judenhass, wenngleich auch oft von außen oder durch sogenannte BDS-Gruppen (boycott, divestment and sanctions) oder pro palästinensische Aktivisten verursacht, setzen auf latent antisemitischen Grundstimmungen. Dem wurde jahrelang viel zu wenig vorgebeugt und etwas entgegengesetzt.

Versäumnisse sind hier beispielsweise zum einen im Bereich systematischer Bildung und Ausbildung von Lehrenden zu sehen. Das betrifft insbesondere die Vermittlung der Geschichte Israels, der historische Kontext und Bezügen zu deutscher und europäischer Geschichte. Wir als zivilgesellschaftliche Akteure, bilden seit über sechs Jahren Lehrer/-innen in Brandenburg Berlin fort. Wir sehen und bekommen gespiegelt, dass schon in der Ausbildung von Lehrkräften, Wissen über die Geschichte Israels, aber auch den praktischen Umgang mit antisemitischen Vorfällen fehlt. Das ist umso dramatischer, da diese Mängel in der jetzigen Situation auf den Schulbetrieb durchschlagen. Antisemitismuskritische Bildung und Zielstellung in der Antisemitismusprävention für den internen



Hochschulbildungsbetrieb wurden bislang vielfach nicht wirksam implementiert. Die Einrichtung von Antisemitismusbeauftragten und eine verbindliche Verankerung in der internen Programmatik können meines Erachtens helfen. Eine kontinuierliche und geförderte Zusammenarbeit mit kompetenten zivilgesellschaftlichen und wissenschaftlichen Partnern in verschiedenen Formaten, kann sowohl den internen Hochschuldiskurs stärken als auch nachhaltig für Antisemitismus sensibilisieren.

Zum anderen mangelt es an rechtlichen und verfassungsrechtlichen Grundlagen für die Bekämpfung von Antisemitismus und zum Schutz von Jüdinnen und Juden. Regelungslücken in Hochschulgesetzen und fehlende Definitionen und Klarheit, vor allem im Strafrecht, verhindern oft ein wirksames Handeln und notwendige Sanktionen auch im Hochschulbereich. Schon um die Glaubwürdigkeit der Antisemitismusbekämpfung auch im Forschungs- und Bildungsbereich Rechnung zu tragen, sollte hier nachgearbeitet werden. Ein Verfassungsauftrag zur Bekämpfung von Antisemitismus auch im Grundgesetz, wie er in einigen Ländern bereits Wirklichkeit ist, könnte eine wirkmächtige Grundlage für alles staatliche Handeln sein. Angesichts der historischen Verantwortung aus der Shoah und der Bedrohung jüdischen Lebens heute und leider auch in Zukunft, halte ich das sogar für geboten. Danke.

Der **Vorsitzende**: Danke, Frau Krause-Hinrichs. Wir kommen jetzt zu Professor Dr. Stefan Müller von der Frankfurt University of Applied Science.

Prof. Dr. Stefan Müller (Frankfurt University of Applied Sciences): Vielen herzlichen Dank. Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Abgeordnete. Die meisten würden sich niemals als Antisemiten beschreiben. Doch Antisemitismus gibt es nicht ohne Antisemiten. Die gute Nachricht ist, Antisemitismus ist ein erlerntes Phänomen. Antisemitismus kann daher auch verändert und reflektiert werden.

Jüdische Hochschulangehörige und Studierende ziehen sich nach dem 7. Oktober 2023 zunehmend zurück, erleben Drohungen und Angriffe. Die erste Anforderung lautet daher, die Normalität jüdischer Präsenz auf dem Campus muss gesichert werden und die Sichtbarkeit

jüdischen Lebens in der Wissenschaft muss institutionell und strukturell gestärkt werden. Der institutionelle und strukturelle Einbezug von Juden und Jüdinnen ist nötig, um nicht nur über Juden und Jüdinnen zu reden, sondern mit ihnen. Aktuell ist es viel zu häufig der Fall, dass sich Nichtjuden mit anderen Nichtjuden darüber unterhalten, was für Juden und Jüdinnen möglicherweise das Beste oder sogar das Problematischste sei. Antisemitismusbeauftragte benötigen zudem die fachliche Expertise, alle Erscheinungsweisen des Antisemitismus zu erkennen, auch die Form des israelbezogenen Antisemitismus.

Zweitens benötigt es mehr belastbare Daten und Fakten. Antisemitismus ist eine Ideologie, die in allen Milieus auftreten kann. Antisemitismus muss daher auch spezifisch in allen politischen, kulturellen, religiösen und sozialen Milieus adressiert werden. Die Gelingensbedingungen dafür sind weitestgehend unerforscht. Studien zu den Fragen fehlen, was bei wem wirkt, mit welcher Nachhaltigkeit und warum bzw. was bedingt oder vielleicht auch gar nicht wirkt. Hinzu kommt, trotz Beschlüssen der KMK (Kultusministerkonferenz) für Schulen und Hochschulen, ist Antisemitismus weiterhin kaum Gegenstand in der Lehramtsausbildung, in der politischen Bildung oder der Weiterbildung für Hochschullernende.

Drittens, die derzeit dominierende Erscheinungsweise des Antisemitismus an den Hochschulen, ist der israelbezogene Antisemitismus. Die zentrale Ideologie im antisemitischen Weltbild, die Juden sind unser Unglück, findet sich heute in der Annahme, dass Israel unser Unglück sei. Vorgeschoben wird ein Recht auf sogenannte Israelkritik. Die Herausforderung besteht darin, den israelbezogenen Antisemitismus zu erkennen und zu benennen, um ihn kritisieren zu können. Die Rede von sogenannten pro palästinensischen Protesten, wenn es in Wirklichkeit um Hamas und Terrorsympathisanten geht, kann das nicht. Zum einen, weil die Hamas kein Interesse an einer frei und demokratisch lebenden Zivilgesellschaft hat. Zum anderen, weil dadurch der Terror gegen Juden und Jüdinnen an deutschen Bildungseinrichtungen fortgeführt wird. Wer das



ignoriert oder mitträgt, ist nicht pro palästinensisch, sondern schlicht antisemitisch.

Zusammenfassend: Alle Hochschulangehörigen müssen an ihren Hochschulen eine Atmosphäre vorfinden können, in der sie sicher und frei von Angst und Diskriminierung studieren, forschen, lernen und arbeiten können. Darauf haben auch jüdische und israelische Hochschulangehörige ein Recht. Vielen herzlichen Dank.

Der **Vorsitzende**: Danke, Herr Müller. Wir kommen jetzt zur Jüdischen Studierendenunion Deutschlands mit Noam Petri.

Noam Petri (Jüdische Studierendenunion Deutschland): Sehr geehrte Damen und Herren, vielen Dank für die Einladung. Da ich in manchen Leitmedien, die Mär von friedlichen Protesten und friedlichen Studenten lese und einige Professoren diese Mär sogar glauben und selbst verbreiten, habe ich Ihnen heute einige Beispiele mitgebracht, die nur ein Ausschnitt des Hasses sind, den wir täglich an unseren Universitäten überleben. Selbstverständlich kann ich Ihnen diese Informationen später zusenden. Die Informationen sind alle öffentlich.

7. Mai, Freie Universität Berlin. Studenten dringen in abgeschlossene Hörsäle ein, rufen zur Vernichtung Israels auf und bedrohen jüdische Studenten mit Hamas-Dreiecken, wie unter anderem hier zu sehen, wo ein verummumpter Student mit seinen Händen ein Hamas-Dreieck in Richtung jüdischer Studenten zeigt, die spontan dagegen demonstrieren. Über 1.000 Hochschulmitarbeiter stellen sich hinter diese gewaltbereiten Studenten, fordern sogar Straffreiheit und in Zukunft keinen Polizeieinsatz. Genau das wird am 23. Mai an der Humboldt Universität angewendet. Dieselben Gruppen kooperieren jetzt mit einem russischen Propagandamedium namens Red, wie der Tagesspiegel herausgefunden hat, besetzt mit Palestine Speaks, einem Verein, der das Hamas-Massaker am 7. Oktober mit „today is a revolutionary day to celebrate“ kommentierte. Ein ganzes Institut zerstörte es. Es entstand ein Schaden von 150.000 Euro. Das Institut kann, für mehrere Wochen nicht mehr verwendet werden. Und es waren unter anderem Schmierereien zu sehen, wie auf Arabisch „al-Qassam“ mit einem Herz. „Al-Qassam“ bedeutet oder steht für die

Hamas-Brigade, dem militärischen Arm der Hamas.

Im selben Zeitraum an der Goethe-Universität Frankfurter am Main, fand ein Camp statt. Führende Akteure sagten unter anderem, wer seine Aufmerksamkeit nicht auf Gaza richtet, jetzt kommt das Zitat: „verwirkt aus meiner Sicht jede Legitimation, das eigene Recht auf körperliche und geistige Unversehrtheit einzufordern“, Zitat Ende.

3. Juni, Uni Bonn. Ein pro-palästinensischer Student würgt bei einer Veranstaltung des AStAs einen Kommilitonen. Hier das Statement vom AStA (*Hält beschriftetes DIN-A4-Blatt in die Kamera*).

4. Juni, Uni Heidelberg. Zwei Hamas-Sympathisanten werden für einen Vortrag eingeladen. Auf den Hinweis von jüdischen Studenten reagiert die Universität damit, dass man einen kritischen Raum für einen solchen Dialog bieten möchte.

12. Juni, Uni Mainz. Die Gruppe ArbeiterInnenMacht, die im Verfassungsschutzbericht steht und den gewaltbereiten Linksextremismus zugeordnet wird, verteilt Flyer, in denen das Hamas-Massaker, ich zitiere, „als legitime Akte im nationalen Befreiungskampf“, Zitat Ende, bezeichnet wird.

12. Juni, FU Berlin. Universitätspräsident Herr Ziegler wird mit Hamas-Dreiecken bedroht. Einen Tag später: Julia vom Blumenthal und Kai Wegner werden mit Hamas-Dreiecken bedroht.

15. Juni, Universität der Künste Berlin. Ein Fahndungsschild nach dem Universitätspräsidenten Professor Palz.

Derselbe Zeitraum, 21. Juni, Münster. Der AStA berichtet von Students for Palestine, die nicht nur die Hamas legitimieren, sondern explizit auch unterstützen.

Derselbe Zeitraum, Uni Heidelberg. Schmierereien, in denen „Zeit für deutsches Blut“ steht.

Wie Sie merken, sind das nur Beispiele aus den letzten Wochen. Umso schlimmer sind die Versuche von Professoren, diese Studenten zu verteidigen. Es scheint so, als würden sich diese



Wissenschaftler keine Sorgen um die Wissenschaftsfreiheit machen, wenn Podiumsdiskussionen gestört werden, Institute zerstört werden und Studenten sowie jetzt auch Universitätspräsidenten mit islamistischen Terrorsymbolen bedroht werden. Appeasement und Realitätsleugnung werden diese existenzielle Gefahr für den Westen nicht lösen. Und wir steuern auf amerikanische Verhältnisse zu, in denen Studenten offen zum Tod Amerikas aufrufen. Kein Wunder, dass Ayatollah Khamenei, der menschenverachtende religiöse Führer des Irans, diese Studenten sogar gelobt hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme jetzt zum Schluss. Man kapituliert nicht vor Extremisten, sondern man bekämpft sie und ist es allerhöchste Zeit. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Dankeschön, Herr Petri. Wir kommen jetzt zu Professor Dr. Walter Rosenthal, Präsident der Hochschulrektorenkonferenz.

Prof. Dr. Walter Rosenthal

(Hochschulrektorenkonferenz): Vielen Dank auch von meiner Seite für die Einladung. Es ist wichtig, dass wir ins direkte Gespräch eintreten und nicht über Umwege, zum Beispiel über die Presse, miteinander reden. Sie haben das sicher auch mitgenommen und registriert, dass die HRK und die in ihr zusammengeschlossenen Hochschulen sich anders als die Hochschulen in vielen Ländern, direkt nach dem 7. Oktober sehr klar zu den Gräueltaten der Hamas geäußert haben, sie beurteilt haben und gleichzeitig unterstützende Schreiben an unsere Schwesterorganisationen, an die wissenschaftlichen Institutionen in Israel gerichtet haben. Seitdem gibt es die Proteste an den Hochschulen. Es sind antiisraelische Proteste, aber auch ganz klar antisemitische Vorfälle. Wie erwähnt, wurde oft pro palästinensisch ausgewiesen. Aber diese Grenze wird in vielen Fällen dann überhaupt nicht eingehalten.

Der RIAS-Bericht wurde jetzt schon ein paar Mal erwähnt. Zehn Prozent der antisemitischen Vorfälle sind in Kultur-, Wissenschafts-, Bildungseinrichtungen registriert worden. 471 von ungefähr 4.700 Vorfällen. Jeder dieser 471 Vorfälle, von denen natürlich auch ein größerer Teil an Hochschulen stattfindet, ist einer zu viel. Wir haben uns sehr früh mit der KMK zusammengeschlossen und einen Besuch in Israel

mit acht Wissenschaftsministern der Länder gemacht. Als HRK bieten wir auch regelmäßig eine digitale Austauschplattform für Hochschulleitungen an, indem wir über den Umgang mit den pro palästinensischen Demonstrationen und Besetzungen beraten. Wir haben von Anfang an gesagt, dass sich Jüdinnen und Juden, Studierende, Forschende und Mitarbeiter/-innen, ohne Wenn und Aber sicher fühlen müssen an unseren Hochschulen. Wir haben dazu das Gespräch mit jüdischen Verbänden gesucht und führen es immer noch.

Herr Klein hat auf die Studierendenunion, das Netzwerk jüdischer Forschender, dem Zentralrat der Juden und eben auch auf den Beauftragten der Bundesregierung hingewiesen. Wir wissen, dass sich viele jüdische Studierende und Mitarbeitende, wenn sie sich auf dem Campus bewegen, sich lieber nicht als Jüdinnen oder Juden beziehungsweise als israelische Staatsbürger/-innen zu erkennen geben, weil sie sich bedroht fühlen. Es gab unverhohlene Drohungen mit körperlicher Gewalt. Wir haben die Beispiele gehört. Das Anbringen von Plakaten mit dem umgekehrten roten Dreieck, Graffiti, Kundgebungen, die den Terror der Hamas gutheißen, die Opfer ausblenden und aufrechnen, das Existenzrecht Israels in Frage stellen und Jüdinnen und Juden insgesamt angehen und einschüchtern sollen, wie jüngst zu beobachten war. Das ist nicht zu rechtfertigen und auf keinen Fall hinnehmbar.

Hochschulen dulden keine Gewalt, weder verbal noch physisch, keinen Antisemitismus, keinerlei Ausgrenzung. Das Miteinander an einer Hochschule und die Diskussion in einer Hochschule auf dem Campus beruhen auf wechselseitigem Respekt, der Wahrung wissenschaftlicher Grundsätze und letzten Endes fußen sie auf der freiheitlich demokratischen Grundordnung und der Einhaltung der Gesetze. Mit der Zunahme der Besetzungen in örtlicher Nähe zu den Hochschulen beziehungsweise auch in den Hochschulen, nicht immer sind die Hochschulen da gewissermaßen am Steuer und können Besetzungen verhindern, vielleicht können wir das auch noch besprechen, ist sowohl der Fokus der Politik, aber auch der Presse, noch einmal stärker auf den Umgang der Hochschulen mit dieser Situation gerichtet



worden. Man muss dabei klar differenzieren, denn die Situation ist häufig recht unübersichtlich. Wie schon gesagt worden, sind Hochschulen Orte der offenen Diskussion und des Dialogs. Es geht um die Bereitstellung von Diskussionsräumen. Da kann ich auch sagen, das passiert hundertfach. Wir haben da auch sehr anschauliche Beispiele. Übrigens habe ich in Israel erlebt, dass jüdische Israelis und arabische israelischen Palästinenser durchaus in einem Raum sich treffen und miteinander diskutieren.

Ganz zum Schluss noch der Boykott von israelischen Wissenschaftseinrichtungen. Wir sind in Deutschland vielleicht eine Ausnahme darin, dass wir uns sehr geschlossen, die Universitäten, die Hochschulen und die Hochschulrektorenkonferenz, gegen jeden Boykott ausgesprochen haben. Mit uns wird es keinen Boykott israelischer Wissenschaftseinrichtungen geben.

Noch ein wichtiger Aspekt: Hochschulleitungen müssen Ermessensspielräume haben und wir bitten die Politik und wir bitten auch die Presse, diese Ermessensspielräume zu akzeptieren und nicht von der Seitenlinie irgendwelche Kommentare auf die Schnelle loszulassen. Hochschulwissenschaftler/-innen, auch Hochschulleitungen sind an den medialen Pranger gestellt worden und das ist in keiner Weise akzeptabel.

Der **Vorsitzende**: Danke Herr Rosenthal, wir kommen jetzt zu Professor Dr. Samuel Salzborn von der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin.

Prof. Dr. Samuel Salzborn (Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Abgeordnete, wir erleben seit mittlerweile neun Monaten eine antisemitische Dauerescalation in Deutschland. Nicht nur, aber eben auch in Deutschland und wenn ich vor allen Dingen den Blick auf Berlin richte, was auch ein Zentrum der antisemitischen Eskalation letzten Endes darstellt, auch vor dem Hintergrund, dass ich hauptamtlich Ansprechpartner des Landes Berlin zu Antisemitismus bin, dann erleben wir hier an den Hochschulen eine insgesamt antisemitisch verhetzte Stimmung, die immer wieder dazu motiviert, den Antisemitismus freien Lauf zu

lassen, verbal oder mittlerweile auch immer wieder mit massiver Gewalt.

Ich würde gern daran erinnern, dass es hier nicht um eine isolierte Situation geht, sondern die Situation an den Hochschulen unmittelbar an die antisemitischen Versammlungslagen seit dem 7. Oktober des vergangenen Jahres anschließt und dass wir es hier eigentlich sicherheitspolitisch damit zu tun haben, dass weiche Orte gesucht werden. Das sind Schulen, das sind Hochschulen, das sind Kultureinrichtungen, solche Orte, die nicht auf die Eskalation vorbereitet sind und die eigentlich Orte des Dialogs, des Austausches und der Kontroversität sind und insofern strukturell überfordert damit sind, dass hier Gruppen agieren, die all das nicht wollen, keinen Dialog, keinen Austausch.

Wir erleben auch mindestens in Berlin die Struktur, die man in den 70er-Jahren Reisekaderstruktur genannt hätte, also einzelne konkrete Akteure und Gruppierungen, die diese Orte aufsuchen, die überall aktiv sind und die letzten Endes zwar eine kleine Gruppe darstellen, aber massiv radikalisiert sind, mit effektiven Propagandatätigkeiten und auch effektiven Darstellungen in den sozialen Medien. Es erinnert in diesem Zusammenhang einen auch an bestimmte Entwicklungen im Rechtsextremismus. Die Propaganda verfährt bei einzelnen Studierenden, eine Minderheit radikalisiert sich, aber das massiv und rasant und man muss dabei auch sehen, dass es diese Radikalisierung ohne antisemitisches Weltbild nicht geben würde. Hier ist niemand zu entschuldigen, auch nicht dadurch, dass ein diffuses Andocken an bestimmte postkoloniale Argumentationsstrukturen erfolgt.

Es geht im Kern um die Situation an den Hochschulen. Diesen Akteuren, sei es bei Protestcamps, Hörsaalbesetzungen oder auch entsprechenden Schmierereien und Drohungen gegen Hochschulpräsidenten und auch in erster Linie und ausschließlich die massive Einschüchterung jüdischer und israelischer Studierender. Und auch das ist schon gesagt worden, aber ich möchte es noch mal betonen, diese Eskalation an den Hochschulen ist ein Angriff auf Jüdinnen und Juden. Es ist aber auch ein Angriff auf die Grundwerte der Demokratie, weil diese Agitatorinnen und Agitatoren die



Wissenschaftsfreiheit fundamental in Frage stellen und einschränken wollen, auch wenn sie das rhetorisch immer wieder versuchen umzudrehen. Aber der Kampf gegen die Demokratie mit den rhetorischen Mitteln der Demokratie ist auch aus der Weimarer Republik durchaus bekannt.

Ich möchte an dieser Stelle auf einen Punkt zunächst noch hinweisen. Nämlich vor einem großen Missverständnis warnen. Hochschulen sind Orte der Kontroversität, des Dialogs, des Austausches, des Pluralismus. Diesen Aktivitäten, die wir im Moment erleben, geht es aber darum nicht. Es gibt hier keine zwei Seiten. Es gibt eine einzige Seite, die antisemitisch eskaliert, die an keinem Dialog interessiert ist, die die Wissenschaftsfreiheit in Abrede stellt, die wissenschaftliche Orte besetzt und zerstört, die Pressevertreterinnen und Pressevertreter, Polizistinnen und Polizisten massiv angreift und sich gegen jüdische Studierende und Lehrende wendet. Insofern müssen Dialogformate, die glauben, man könne mit diesen Akteuren reden, ins Leere laufen, so sehr sie das Standard und auch schätzenswerte und wertvolle Format der Wissenschaft sind. Dieses Missverständnis sollte man aber ausräumen und sehen, es geht um einseitige antisemitische Eskalation und dagegen hilft nur der Kampf gegen Antisemitismus.

Der **Vorsitzende**: Danke, Herr Salzborn, danke für die Sachverständigenrunde und ich eröffne jetzt die Runde der Berichterstatterinnen und Berichtersteller und da beginnt für die sozialdemokratische Fraktion Kollegin Maja Waldstein.

Abg. **Maja Wallstein** (SPD): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender, herzlichen Dank an Sie alle für die sehr eindrücklichen Berichte und auch die Zusammenfassung der Situation. Die Lage in den Bildungseinrichtungen und Hochschulen in Deutschland ist seit dem 7. Oktober, aber nicht erst seit dem 7. Oktober, aber seitdem auf jeden Fall schlimmer geworden. Noam Petri hat das eindrücklich beschrieben. Elio Adler hat beschrieben, wie viele jüdische Menschen einfach auch Angst haben, ihren Berufen nachzugehen, ihre Kinder in Einrichtungen zu schicken. Sie können und wollen sich aus Angst vor Gewalt nicht als jüdisch zu erkennen geben und das ist eigentlich unfassbar peinlich und grausam für unser Land. Ich empfinde das als große Scham.

Wie viel schlimmer die Lage geworden ist, zeigen die Beratungsstatistiken der Opferberatungsstelle bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung und in dem Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. Im letzten Jahr gab es an den Bildungseinrichtungen insgesamt neun Vorfälle pro Woche. Wir haben gerade auch schon davon im RIAS-Bericht gehört.

Ich komme damit zu meiner Frage an Frau Krause-Hinrichs. Sie haben in ihrem Eingangsstatement ausgeführt, dass die Straftatbestände nicht ausreichen. Meine Frage ist, was meinen Sie damit genau und was wären hier aus Ihrer Sicht die Verbesserungsmöglichkeiten, die wir als Gesetzgeber umsetzen könnten?

Susanne Krause-Hinrichs (Stiftung für Toleranz und Völkerverständigung): Vielen Dank, Frau Wallstein. Ich denke zum Beispiel der § 130 des Strafgesetzbuches, die Volksverhetzung, hat eine strafrechtliche Lücke, was antisemitische Straftaten angeht. Oftmals wird das durch die bestehende Regelung nicht ausreichend erfasst und ich denke, das wäre auch eine Chance, eine Antisemitismusdefinition, wie sie dann auch aussehen mag, zu implementieren und dort mehr Rechtssicherheit gegen antisemitische Gewalttaten und Übergriffe zu bieten. In vielen Rechtsbereichen, denn das Strafrecht ist auch eine Verweisungsnorm für andere Rechtsbereiche.

Der **Vorsitzende**: Dann kommen wir jetzt zur CDU/CSU-Fraktion mit Daniela Ludwig.

Abg. **Daniele Ludwig** (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, zunächst von Herzen danke für die Vorträge. Ich finde, es ist eigentlich tatsächlich alles gesagt. Es gibt natürlich Gründe, noch etwas nachzuholen, aber jeder einzelne von Ihnen hat seinen Bereich intensiv beleuchtet und ich will Ihnen nur sagen, fast jeder Satz fühlt sich für jemanden wie mich wie eine Ohrfeige an, denn es ist uns offensichtlich nicht gelungen, in den letzten Jahren und Jahrzehnten diese Dinge, die sich jetzt abspielen, zu verhindern und präventiv in Lehre, in Bildung und in Forschung unterwegs zu sein. Und da müssen wir, glaube ich, dringend und das ist im Prinzip auch Aufgabe dieses Ausschusses, auch im Prinzip Hintergrund unseres Antrages meiner Fraktion, besser werden.



Frau Krause-Hinrichs: Sie haben viel aufgeschrieben. Was Sie sagten, das will ich nur vorwegnehmen. Ich will nicht so viel selbst reden, sondern Ihnen noch mal die Gelegenheit geben, Dinge zu vertiefen.

Ich möchte mich zunächst bei Herrn Petri bedanken. Sie haben jetzt viel Äußerlichkeiten rübergebracht. Ich möchte Ihnen gern die Chance geben, uns zu sagen, wie es Ihnen als jüdischer Student an einer deutschen Universität geht. Ich glaube, das sollte man hier auch noch mal in den Mittelpunkt stellen. Wie fühlen sich junge Menschen, die bei uns studieren, die eigentlich immer davon ausgehen konnten, dass wir sie beschützen, wenn sie jetzt täglich an die Unis gehen? Wie fühlen sie sich? Wie gehen Sie und Ihre Kommilitoninnen und Kommilitonen damit um? Das wäre meine erste Frage.

Meine zweite Frage: Liebe Frau Erlbaum, ist Ihr Eindruck, dass die Universitäten genug tun, um jüdische Studenten zu schützen? Wenn nein, was würden Sie nach Ihrer Einschätzung sagen? Welche Möglichkeiten und Rechte sollten wir Ihnen politisch zusätzlich einräumen, um für mehr Schutz zu sorgen? Wir hören immer wieder die Koalition, die Versammlungsfreiheit und das Hausrecht. Was geht, was geht nicht? Aber haben Sie auch den Eindruck, es ist auch gewollt, mehr Schutz zu gewährleisten? Reicht die Definition der IHRA (International Holocaust Remembrance Alliance) aus, um alles darunter zu subsummieren? Oder sagen Sie, nein, es ist von unserer Seite noch deutlich mehr zu tun? Das wären meine ersten Fragen. Vielen Dank.

Noam Petri (Jüdische Studierendenunion Deutschland): Wie es mir geht? Ich glaube, ich spreche im Namen aller jüdischen Studenten, wenn ich sage, dass ich leider über die ganzen Vorfälle nicht überrascht bin, die ich gelistet habe. Weder über die der letzten Woche, aber auch nicht über weitere Vorfälle, die ich hätte auflisten können. Ich bin gleichzeitig auch extrem enttäuscht von vielen Kommilitonen, von Professoren, auch teilweise von der Politik, und darüber, dass eine Naivität in Deutschland herrscht, dass wir nicht verstehen, mit welchen Extremisten wir es zu tun haben. Viele glauben wirklich noch an diese Mär, dass das politische oder politisierte Studenten sind, die wirklich nur ihre Meinung zum Ausdruck bringen und nicht,

dass dahinter wirklich eine extremistische Ideologie herrscht, die zunächst einmal uns Juden als Studenten ganz besonders trifft, aber später auch jeden Einzelnen trifft.

Von meinem Alltag her, aufgrund meines Amtes, kann ich Ihnen berichten, dass mein Alltag sich zwischen der Universität und dem politischen Engagement bewegt. Ich bekomme aber täglich Hass und Hetze und auch Morddrohungen. Ich stehe deswegen auch mit dem LKA im Austausch. Es gibt einige jüdische Studenten, die seit langem nicht mehr in die Universität gehen. Es gibt jüdische Studenten, die mir beispielsweise davon berichten, dass in Seminaren der Fall Shapira nicht verurteilt worden ist, sondern von Kommilitonen bejubelt und gefeiert worden ist. Und ich kann Ihnen ganz ehrlich berichten, dass viele jüdische Studenten, die sich wirklich als jüdische Deutsche fühlen, Vertrauen in dieses Land verloren haben und wirklich mit dem Gedanken spielen, mit dem sie vorher nie gespielt haben, dieses Land nach ihrem Studium zu verlassen. Und ich habe auch Brüder, die gerade Abitur gemacht haben und ich kenne viele weitere, die in den nächsten Jahren Abitur machen werden, die sich wirklich überlegen, ihr Studium gar nicht hier zu beginnen. Sie sagen, dieses Land verändert sich in einer so schnellen Art und Weise in eine gefährliche Richtung und unsere akademische Elite schon in der Geschichte mehrmals gescheitert ist, wenn es um Extremismus ging und darum, Ideologien zu entkräften. Sie verlieren das Vertrauen und überlegen sich dementsprechend auch als jüdische Deutsche, ihre Heimat zu verlassen.

Der **Vorsitzende**: Danke, Herr Petri, für die sehr eindrücklichen Schilderungen. Ich würde Frau Erlbaum jetzt noch die Gelegenheit geben, eine Minute zu antworten.

Shila Erlbaum (Zentralrat der Juden in Deutschland): Vielen Dank. One size doesn't fit all. Also das ist einfach die Problematik. Es gibt Universitäten, die sehr am Schutz der jüdischen Studierenden interessiert sind und Notfallpläne implementieren, versuchen Strukturen anzupassen, um jüdischen Studierenden Schutz zu gewähren, den sie verdienen. Manche tun das aber auch nicht. Das mag an einer gewissen Hilflosigkeit liegen, mag vielleicht aber auch daran liegen, dass man nicht sieht, dass es



notwendig ist. Es gibt Widerstand unter den Professor/-innen. Damit muss man umgehen. Es wird als Meinungsfreiheit deklariert, was, wie ich vorhin schon sagte, keine Meinung ist. Und deswegen glaube ich auch nicht, dass wir den Kampf über die Definitionen führen sollten, weil, dieser Kampf verlagert nur den Kampf, der eigentlich gegen Antisemitismus geführt werden soll. Und wie die jüdischen Studierenden sich fühlen, das hat Herr Petri gerade sehr eindeutig berichtet.

Der **Vorsitzende**: Dankeschön für Bündnis 90/ Die Grünen, Kollegin Marlene Schönberger.

Abg. **Marlene Schönberger** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender, sehr geehrte Gäste, auch ich danke für die eindrücklichen Ausführungen. Die regelrechte Explosion des Antisemitismus nach dem 7. Oktober in allen gesellschaftlichen Bereichen zeigt meines Erachtens, dass wir als Gesellschaft beim Kampf gegen den Antisemitismus in den Köpfen weitgehend versagt haben. Und ich glaube, das ist offensichtlich, dass es mehr politisch-historische Bildung braucht, und zwar entlang der ganzen Bildungskette. Was besonders schmerzt, in den letzten Jahren haben verschiedenste jüdische Stimmen für mehr Sichtbarkeit gekämpft und jetzt haben sich viele jüdische Studierende und Dozierende angesichts antisemitischer Drohungen zurückziehen müssen. Das ist ein unerträglicher Zustand, dem es zu begegnen gilt.

Meine ersten zwei Fragen richten sich an Herrn Professor Samuel Salzborn. Es wurde kurz angeschnitten, der Kampf gegen Antisemitismus im Bereich Schule. Und wir haben da eigentlich umfassende KMK-Beschlüsse. Da würde mich interessieren: Wie beurteilen Sie diese Beschlüsse und wie weit sind wir da mit der Umsetzung?

Und meine zweite Frage: Viele Hochschulen haben ihre eigene Geschichte während des Nationalsozialismus kaum oder nicht aufgearbeitet. Wir sprechen kaum über die Rolle von Intellektuellen während des Nationalsozialismus. Da würde mich interessieren, welche Rolle spielt diese Tatsache Ihrer Meinung nach in der jetzigen Situation und wie könnte man dem begegnen? Vielen Dank.

Prof. Dr. Samuel Salzborn (Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin): Vielen Dank, sehr geehrte Frau Abgeordnete. Die KMK-Beschlüsse, die Sie von der Kultusministerkonferenz, dem Zentralrat der Juden und der Bund-Länder-Kommission der Antisemitismusbeauftragten ansprechen, sind meines Erachtens auf dem Papier sehr umfangreich und adressieren eigentlich alle zentralen Punkte in Bezug auf das Thema Schule. Sowohl was konkrete Vorfälle, die Frage von Meldungsnotwendigkeiten, aber auch die strukturelle Veränderung insbesondere in den Bezug auf die Lehrmaterialien angeht. Das wäre auch mein Fokus. Ich war bei der Verabschiedung in seiner Zeit als Co-Vorsitzender der Bund-Länder-Kommission beteiligt. Der zentrale Schlüssel bleibt hier tatsächlich das Thema der Unterrichtsmaterialien, der Verankerung des Themas Antisemitismus im Rahmen von Rahmenrichtlinien und Rahmenlehrplänen. Wir haben sicherlich Lehrkräfte, die guten Unterricht machen, aber das sind die Engagierten. In der Breite wird das Thema nach wie vor bundesweit nicht adressiert, außer in Bezug auf den Nationalsozialismus. Aber zum Beispiel die Frage, warum es in der 9. Klasse nicht mal ein halbes Jahr lang Politikunterricht zum Thema Antisemitismus gibt, steht im Raum. Das Regelungsinstrumentarium sind hier Rahmenrichtlinien und Rahmenlehrpläne. Das wirkt auch auf Hochschulen aus, weil was in den Rahmenrichtlinien steht, ist dann auch das, wozu Hochschulen Lehrkräfte ermächtigen müssen.

Was die Umsetzungsfrage angeht, muss man glaube ich an dieser Stelle sagen, dass Bildungspolitik Ländersache ist und meiner Wahrnehmung nach, haben wir da eine große Ungleichzeitigkeit und es wäre wünschenswert, dass die Priorisierung höher vorgenommen wird, als das bisweilen zumindest momentan der Fall ist.

Was die Aufarbeitung oder Nichtaufarbeitung der NS-Geschichte angeht, betrifft es zum einen sicherlich die Hochschulen als Institutionen, aber natürlich auch als Fachkulturen. Einzelne Fächer haben das intensiv gemacht, andere haben das noch vor sich und ich glaube, das ist für die Frage der selbstreflexiven Auseinandersetzung von Hochschullehrenden ausgesprochen zentral, sich bewusst zu werden, dass zum Beispiel in der



Weimarer Republik die Instrumente der Demokratie genutzt worden sind, um die Demokratie zu zerstören. Wir erleben genau das. Die Rhetorik von Kunstfreiheit, die Rhetorik von Meinungsfreiheit, die gefährdet seien. All das ist in der Tatsache nicht vorhanden. Ja, die Meinungsfreiheit wird eingeschränkt gegenüber Jüdinnen und Juden. Ja, die Kunstfreiheit wird auch eingeschränkt gegenüber jüdischen und israelischen Künstlerinnen und Künstlern und ja, die Wissenschaftsfreiheit wird auch eingeschränkt, wenn es um jüdische Studierende und jüdische Lehrende geht. Das rhetorische Ticket wird aber andersherum verwendet und ich sehe hier durchaus noch einen Grundbedarf, Kompetenzen der politischen Bildung, so banal das klingen mag, dann auch breit zu verankern. Das heißt, diese Rhetorik dann auch als solche zu erkennen und abzuwehren, weil auch an dieser Kampfrhetorik, die Demokratie mit den Mitteln der Demokratie zu zerstören, nicht zuletzt die Weimarer Republik zugrunde gegangen ist und Hochschulen und Hochschullehrende haben hier eine große Verantwortung. Ich glaube, gerade in den Fächern und vielleicht auch gerade in den Fächern, bei denen man nicht als erstes daran denkt, wäre eine solche selbstreflexive Auseinandersetzung dringlichst geboten. Aber auch mit Fragen, warum bestimmte Relativierungsmechanismen etwa im postkolonialen Kontext so eine breite Bahn brechen konnten, obgleich sie sich gegen Grundüberzeugungen wie Universalismus und Demokratie wenden. Dies aber im Übrigen eigentlich nicht in der Tradition des Postkolonialismus, der bietet auch eine ganze Menge anderes theoriegeschichtlich an, aber die deutsche Rezeption ist sehr einseitig, sehr problematisch und läuft am Ende auf Hass gegen Israel hinaus.

Der Vorsitzende: Für die FDP-Fraktion Kollegin Ria Schröder.

Abg. Ria Schröder (FDP): Ganz herzlichen Dank, Herr Vorsitzender und danke an die Sachverständigen für ihre Eindrücke. Ich muss sagen, also nicht nur heute, aber gerade, wenn Sie das auch noch mal in so einer Breite schildern, da bedrückt mich die Situation an den Hochschulen und an den Bildungseinrichtungen in unserem Land insgesamt unheimlich. Und auch was Sie

geschildert haben, insbesondere wie die Wissenschaftsfreiheit auch durch die Veranstaltungen, die nicht stattfinden können, eingeschränkt wird. Dialoge, die da eben nicht stattfinden, sondern stattdessen finden Sachbeschädigungen statt. Und ja, auch Hochschulpräsidenten, die inzwischen durch diese Feindmarkierungen hier in Berlin ins Visier geraten sind und insbesondere die Einschränkungen des Rechts auf Bildung, dass Studierende Urlaubssemester nehmen, dass sie sich an den Hochschulen nicht wohl fühlen, dass sie da gemieden werden, dass Mobbing bis hin zu Gewalt stattfindet, sind ein unhaltbarer Zustand. Und ich finde gerade an den Bildungseinrichtungen, an denen, also wenn nicht da, wo dann, Dialog und Austausch stattfinden sollten, auch von unterschiedlichen Meinungen, wenn wir es nicht einmal dort hinbekommen, dann mache ich mir große Sorgen darüber, wie wir insgesamt in der Gesellschaft überhaupt noch zusammenkommen.

Und ich habe mich auch gefragt, wo denn eigentlich der Aufschrei bleibt, wo ein offener Brief zur Unterstützung jüdischer Studierender oder auch eine Korrektur der Unterzeichner dieses offenen Briefs, den es gegeben hat, bleibt. Ich habe erstmal großen Respekt vor Hochschullehrenden, die sich vor ihre Studierenden stellen, aber wenn man dann erkennt, dass es zum Teil, also zu einem großen Teil, ich glaube zwei Dritteln, gar keine Studierenden der Humboldt-Universität waren, die diese Zerstörung vorgenommen haben und dann feststellt, dass da ganz eindeutig antisemitische Symbole wie Schweine oder „resistance is justified“ an die Wand gemalt worden sind, insbesondere als Synonym für die Vergewaltigungen am 7. Oktober, dann muss man doch erkennen, dass man falsch lag. Und vielleicht muss man auch sagen, das war nicht richtig und wir müssen hier auch korrigieren.

Und ich mache mir auch große Sorgen darüber, wie in der Wissenschaft miteinander gesprochen wird, weil ich weiß, es gibt viele Hochschullehrenden, viele Professorinnen und Professoren, die sich für die jüdischen Studierenden einsetzen, aber ich nehme diesen Dialog auch an der Stelle nicht so sehr wahr und deswegen würde ich gerne meine erste Frage auch an Herrn Rosenthal stellen. Wie unterstützen Sie



die Präsidenten, die Lehrenden dabei, wenn Sie selbst auch Drohungen erhalten, wenn Veranstaltungen abgebrochen werden müssen. Für denjenigen, der dann in einer solchen Situation zum ersten Mal ist, ist das sicherlich überfordernd, aber ich denke, wir haben jetzt so viele Beispiele, dass wir da einen gemeinsamen Umgang sicherlich auch der Hochschulen haben müssen. Und was tun die Hochschulen, würde ich gerne von Ihnen auch noch mal hören, um die Studierenden zu unterstützen.

Die zweite Frage, wenn wir dafür noch Zeit haben, möchte ich gerne an Herrn Dr. Adler stellen. Sie haben das Thema Social Media angesprochen, aber was wünschen Sie sich insgesamt von der Politik in Bund und Ländern und vielleicht können Sie zum Thema Umgang mit Social Media, Regulierung von Social Media, noch mal kurz etwas sagen. Vielen Dank.

Prof. Dr. Walter Rosenthal

(Hochschulrektorenkonferenz): Zunächst einmal, im nicht so sichtbaren Bereich passiert wirklich sehr viel an den deutschen Hochschulen. Es gibt hunderte von Veranstaltungen, die sich gerade mit der aktuellen Situation befassen und es gibt viele gute Gespräche, wo auch Brücken überwunden werden können. Es gibt also durchaus Narrative von vielen Dialogen zwischen den verschiedenen Gruppierungen. Es funktioniert an vielen Stellen, was überhaupt nicht relativiert, dass es an relativ wenigen Stellen überhaupt nicht funktioniert und ich sage auch noch mal ganz klar, dass dieser Protest auch von außen, das wurde eben schon ein paar Mal gesagt, in die Universitäten reingetragen wird.

Zum Teil findet der Protest auch vor den Universitäten statt und die Kommunen und die Ordnungsämter gestatten zum Beispiel die Camps. Die Hochschulen protestieren dagegen und verlieren aber in der gerichtlichen Auseinandersetzung. Vielleicht noch mal so viel dazu. Trotzdem, was passiert ist, ist schlimm und soll in keiner Weise irgendwie relativiert werden.

Ich habe schon erwähnt, dass wir uns regelmäßig mit den Hochschulrektorinnen und -rektoren dazu austauschen. Es gibt ganz klare Richtlinien, auf die wir uns in Fulda auf der Mitgliederversammlung geeinigt haben. Auch wenn strafrechtliche Vergehen vorliegen, muss

Anzeige erstattet werden, das Ordnungsrecht muss gezogen werden. Es gibt keinen Platz für Antisemitismus, keinen Platz für Rassismus, auch keinen Platz für antipalästinensische Angriffe, die auch vorkommen. Ich habe gestern noch mal mit einem Kollegen darüber gesprochen, das ist auch ein zunehmendes Problem im Übrigen. Aber es ist ein Abwägungsprozess und das ist eben das, was ganz schwer zu vermitteln ist. Wann ist die rote Linie überschritten? In der konkreten Situation ist es nicht immer so ganz einfach, das festzustellen. Irgendwann ist es dann natürlich klar und mein Eindruck ist wirklich, dass die Hochschulleitungen dann auch sehr konsequent handeln.

Und langfristig, glaube ich, auch das wurde hier schon sehr deutlich gemacht, braucht es einfach eine Diskussion zum Thema Antisemitismus. Es braucht mehr Veranstaltungen, das läuft gerade schon. Die Lehrpläne müssen entsprechend ergänzt werden. Also der Antisemitismus, auch das wurde gesagt, ist in den Köpfen und da müssen wir mittelfristig auch ansetzen und uns damit auseinandersetzen. Das ist eine originär universitäre Aufgabe, auch natürlich eine Aufgabe der Schulen.

Der **Vorsitzende**: Danke, für die AfD-Fraktion, Dr. Götz Frömming.

Abg. **Dr. Götz Frömming** (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender, vielen Dank auch von unserer Seite für die Statements der Sachverständigen. Ich glaube, das ist heute hier keine normale Anhörung und ich hoffe sehr, dass wir nicht hinterher auseinandergehen und sagen, schön, dass wir mal darüber geredet haben. Ich glaube, dass etwas getan werden muss, ist nicht erst heute deutlich geworden und in der Verantwortung stehen natürlich zunächst einmal die Verantwortung tragenden im Bund und natürlich auch in den Ländern, aber auch den Hochschulen. Und da möchte ich ansetzen.

Und die erste Frage an Sie richten, sehr geehrter Herr Professor Rosenthal. Mit Blick auf die internationale Szene wissen wir, dass die BDS-Bewegung quasi weltweit agiert, vor allen Dingen in der westlichen Welt. Wir hören es aus den USA, das ist schon gesagt worden, dass dort Elite-Unis sich am Boykott beteiligen. Irland, Dublin hat Schlagzeilen gemacht. Das altehrwürdiges



Trinity College hat sozusagen Israel verbannt und ist vor den Protestierenden eingeknickt.

Ähnliches hören wir aus Spanien und Italien, ich habe es selbst gesehen, an einer Uni. Norwegen, Irland, Slowenien, Holland. Darunter sind also Länder, die wir bislang eigentlich, als unsere Partner verstanden haben, wenn es um die Verteidigung westlicher Werte von Demokratie geht und eben auch um die Verteidigung von jüdischem Leben. Nun beteiligen sich alle diese Hochschulen mehr oder weniger an dem Boykott Israels, also israelischer Forschungseinrichtungen.

Meine Frage ist, inwiefern haben Sie vielleicht auf die Kollegen eingewirkt, hier etwas zu ändern und daran anschließend auch die Frage, ist Ihnen bekannt, dass innerhalb der EU-Überlegungen in Betracht gezogen werden, sich von Israel als Partner im Zusammenhang mit Horizon Europe zu trennen und was halten Sie davon und welche Gegenmaßnahmen wären hier vielleicht zu ergreifen?

Prof. Dr. Walter Rosenthal

(Hochschulrektorenkonferenz): Sie haben die Situation ziemlich zutreffend beschrieben. Das Ausmaß des Boykotts ist vielleicht nicht so weitgehend, wie zumindest ich es sehe, aber es ist wirklich so, dass viele europäische Einrichtungen, zum Beispiel die Hochschulrektorenkonferenz in Spanien, sich für einen Boykott unter gewissen Bedingungen ausgesprochen haben. Es soll ein Bekenntnis der wissenschaftlichen Einrichtungen in Israel gegen den Krieg und so weiter geben, was aus meiner Sicht überhaupt nicht zielführend ist und eigentlich gar nicht geht. Aber Sie haben schon recht, es gibt eine große Welle des Boykotts in der Wissenschaft in Israel und wenn wir mit unseren Kollegen in Israel darüber sprechen, dann ist mir jetzt schon klar, dass die israelische Wissenschaft jetzt schon ziemlich beschädigt ist und ich bin sicher, dass das auch so weitergeht.

Was tun wir dagegen? Wir agieren im europäischen Raum, zum Beispiel in der EUA (European University Association), das ist der Zusammenschluss der europäischen Universitäten, in der wir sehr klar unsere Stimme gegen einen Boykott erheben. Auf nationaler Ebene sind wir in der anderen Richtung unterwegs. Die Zusammenarbeit mit Israel ist verstärkt worden. Es sind neue Programme von der DFG (Deutsche Forschungsgemeinschaft) und

von der GIF (German Israel Foundation) aufgelegt worden. In wenigen Wochen werden wir eine Einladung an unsere Kolleginnen und Kollegen aus Israel aussprechen. Wir haben die Bande wirklich verstärkt. Es gibt regelmäßige Besuche, aber ich muss Ihnen auch sagen, die Kolleginnen und Kollegen in Israel sagen, dass Deutschland da doch eine Ausnahme von vielen Ländern darstellt, von vielen Individuen und auch Organisationen, wird die Wissenschaft in Israel gemieden und das ist eine Katastrophe, die wir mit allen Kräften versuchen zumindest einzudämmen, aber wie gesagt, der Schaden ist glaube ich schon da.

Der **Vorsitzende**: Weitere Fragen aus der AfD?

Abg. **Dr. Götz Frömming** (AfD): Genau, noch eine Nachfrage auch wieder an Sie. Dass etwas getan werden muss, ist, glaube ich, in den letzten Monaten deutlich geworden. Nun hat man im Ministerium für Bildung und Forschung, wie öffentlich bekannt geworden ist, überlegt, was man da tun kann und ob man vielleicht mal hinschaut, ob man nicht vielleicht bei denjenigen, die an unseren Universitäten offen mit dem Terror sympathisieren oder Sympathien gezeigt haben, die Fördermittel und so weiter angeguckt werden, ob die auch in die richtige Richtung fließen. Wie beurteilen Sie solche Überlegungen? Sind allein solche Überlegungen schon ein Verstoß gegen die Wissenschaftsfreiheit oder ist das noch in Ordnung?

Prof. Dr. Walter Rosenthal

(Hochschulrektorenkonferenz): Vielen Dank für die Frage. Was den Brief angeht, habe ich mich von Anfang an sehr kritisch dazu positioniert. Ich stehe in keiner Weise hinter den Inhalten dieses offenen Briefes, der mittlerweile, ich glaube, von 3.000 Hochschullehrenden unterschrieben worden ist und auf jeden Fall sehr starke Unterstützung gefunden hat, was mich nachdenklich stimmt. Ich stehe definitiv nicht dahinter und trotzdem, wie das Bundesministerium für Bildung und Forschung auch selbst in den internen Abläufen feststellen musste, ist dieser Brief von der Meinungsfreiheit gedeckt und insofern, glaube ich, war das Ansinnen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung schon ein Angriff, wenn es denn durchgezogen worden wäre. Das wäre ein Angriff auf die Wissenschaftsfreiheit gewesen. Das haben



wir auch klar in unseren Statements geäußert, aber das Gute und das Positive ist, dass innerhalb des Bundesministeriums für Bildung und Forschung dieser Prozess gestoppt wurde. Der Brief, da stehen wir überhaupt nicht hinter, aber jetzt Fördermittel zu kürzen, das ist keine adäquate Maßnahme und ein Verstoß gegen die Wissenschaftsfreiheit. Danke.

Der **Vorsitzende**: Danke, dann kommen wir jetzt zu den beiden Gruppen und zunächst für die Gruppe Die Linke, Nicole Gohlke.

Abg. Nicole Gohlke (Die Linke): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Vielen Dank an die Sachverständigen, auch von unserer Seite. Meine Frage geht auch an Professor Rosenthal. Die HRK hat im Nachgang der Proteste an der FU Berlin, wie ich finde, ein sehr abwägendes Statement formuliert. Sie haben sehr deutlich gemacht, wie entschieden man dem Antisemitismus an der Hochschule begegnen muss. Sie haben aber auch deutlich gemacht, dass die Hochschule als freier Diskursraum gesichert werden muss. Ich denke, das ist angesichts der Dynamik gerade keine einfache Aufgabe. Meine erste Frage ist, welche Rahmenbedingungen muss die Politik jetzt liefern, damit sie beides machen können.

Meine zweite Frage ist, wie bewerten Sie den Vorschlag, der jetzt auch in einigen Landesregierungen erwogen wird, ein Exmatrikulationsrecht als Ordnungsmaßnahme in den Landeshochschulgesetzen zu verankern? Wie wirksam kann das sein? Die Hochschulen haben jetzt auch schon die Möglichkeit, sage ich mal, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und tun das auch. Es gibt, und muss es natürlich, das Mittel der Strafanzeige. Ich frage mich, ob man nicht neue juristische Unsicherheiten schafft, weil so eine Exmatrikulation, die zum Beispiel noch nicht juristisch gedeckt ist, natürlich auch eine neue Grauzone eröffnet. Da würde mich noch Ihre Haltung zu interessieren.

Prof. Dr. Walter Rosenthal

(Hochschulrektorenkonferenz): Hochschulen sind öffentliche Räume. Sie gehören zu den größten und am leichtesten zugänglichen Räumen in Deutschland, würde ich mal sagen. Deswegen kann man auch da einen leichten, nicht angemeldeten Protest organisieren und wir wollen auch keine Zäune um unsere Hochschulen

herumhaben. Ich sage immer, die FU hat, glaube ich, 400 Eingänge. Da kann man nicht vor jeden Eingang einen Wachmann oder sowas stellen und das ist schon das Dilemma. Und deswegen sage ich auch mal sehr klar, wir können weitere gewalttätige und antisemitische Protestaktionen, auch nicht ausschließen, aber wir müssen dann sehr konsequent reagieren und natürlich müssen wir alles versuchen, sie a priori zu verhindern. Aber das ist gar nicht so einfach.

Es gibt schon Unklarheiten, die wir jetzt auch immer wieder besprochen haben, die mit diesem öffentlichen Raum in Verbindung stehen. Ich habe das eben schon angedeutet, dass es zum Teil dann Verwaltungsrichter oder Ordnungsämter gibt, die sagen, Besetzungen von Hörsälen oder von dem Gelände, insbesondere des Geländes, das eigentlich der Uni zugeordnet ist, sind statthaft. Aktuell wieder bei der FU. Und da ist die Universität außen vor. Also der Frankfurter Kollege hat damit sehr zu kämpfen gehabt, dass über Wochen ein Camp, was eben auch erwähnt wurde, auf dem Areal der Universität war und das Ordnungsamt gesagt hat, das ist rechtens. Die Universität ist dagegen vorgegangen und nicht damit durchgekommen. Vielleicht macht das deutlich, dass da durchaus schon Regelungen bestehen, wenn nicht auch ein Regelungsbedarf besteht. Ein bisschen zugespitzt wird man sagen, also das Hausrecht ist seitens der Universität in vielen Fällen nur sehr begrenzt durchsetzbar. Räumungen, das ist mir auch selbst so passiert, wurden abgelehnt. Das war jetzt ein ganz anderer inhaltlicher Zusammenhang, aber das ist eben in der letzten Zeit sehr häufig vorgekommen. Da sehe ich schon einen Regelungsbedarf.

Die Exmatrikulation ist aus meiner Sicht eine ganz hohe Hürde. Wir haben im Grundgesetz die freie Berufswahl garantiert und jemanden dann einen beruflichen Weg zu versperren, ist ein sehr komplizierter Rechtsweg. Wir können das nicht wie in den USA machen, an der privaten Uni, dass man ausgeschlossen wird, sondern das ist ein Stufenprozess. Es fängt mit einer Verwarnung und so weiter an. Also die Exmatrikulation ist auf jeden Fall kein Sofortmittel, um der Situation irgendwie Herr zu werden. Trotzdem ist es eine Überlegung wert und das läuft ja jetzt auch gerade in Berlin, dass man die Exmatrikulation wieder als eine Möglichkeit einführt, aber ich bin der



Meinung, dass sie aktuell nicht zur Lösung der Probleme beitragen kann.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Im Interesse von uns allen habe ich da jetzt nicht so scharf auf die Zeit geachtet. Jetzt kommt Abgeordneter Ali Al-Dailami vom BSW.

Abg. Ali Al-Dailami (BSW): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Der Kampf gegen Antisemitismus ist, wie wir finden, eine zentrale Aufgabe unserer Zivilgesellschaft und in seiner Ausprägung an deutschen Hochschulen, natürlich somit auch unseres Gremiums hier.

Doch zunächst eine kurze Kritik bei der Auswahl der Expertinnen und Experten. Heute ist meines Erachtens auch eine klare Tendenz zu erkennen. In den Arbeiten von einigen Anwesenden, spielt der Antisemitismus von rechts leider eine oft untergeordnete Rolle. Dafür wird sich viel zu oft auf Israel fokussiert und Kritik an der israelischen Regierung dann leider auch allzu schnell als Antisemitismus dargestellt. Auch eine Gruppe jüdischer Akademiker und Studierender, kritisierte gestern in einer Stellungnahme, die Einseitigkeit unserer Veranstaltung hier. Sie lasse eine Pluralität jüdischer Gegenwart vermissen und niemand der geladenen Expertinnen und Experten, äußere sich kritisch zum Krieg in Gaza, so der Vorwurf. Ich hätte es begrüßt, wenn auch andere Stimmen hier zu Wort gekommen wären, die eine andere Bandbreite dargestellt hätten und den Blickwinkel erweitert hätten. Wie zum Beispiel Moshe Zuckermann. Das einleitend zur Kritik.

Nun meine Frage an Herrn Petri von der jüdischen Studierendenunion Deutschland. Herr Petri, Ihre Union setzt sich für die Antisemitismus-Definition der internationalen Holocaust Remembrance Alliance ein und möchte sie an allen Universitätsstandorten etabliert sehen. Vor kurzem sprachen Sie sich gegen die Ernennung von Professor Uffa Jensen zum Antisemitismusbeauftragten der TU Berlin aus, weil dieser ein IHRA-Gegner sei. An anderer Stelle hieß es in einer Erklärung Ihrer Union, die IHRA-Definition sei weltweit anerkannt. Sie wissen natürlich, dass das nicht stimmt und dass die IHRA-Definition insbesondere in akademischen Kreisen hoch umstritten ist, eben weil sie viel zu sehr auf einen Staat statt auf

Personen fokussiert ist, die ja schließlich die Betroffenen rassistischer Diskriminierung sind. Und einer der Autoren der Definition, der US-amerikanische Antisemitismus-Experte Kenneth S. Stern, sagte das genaue Gegenteil von Ihnen, nämlich, dass die Definition, und ich darf zitieren, „von rechten Juden als Waffe missbraucht wird und deshalb gerade nicht zur Gesinnungsprüfung an Universitäten zum Einsatz kommen soll.“ So viel also von Herrn Stern. Warum halten Sie also weiter an einer unwissenschaftlichen Definition fest, gegen deren Anwendung, die Ihnen vorschwebt, sich sogar der eigene Autor selbst ausgesprochen hat? Danke.

Der Vorsitzende: Ich muss kurz darauf hinweisen, dass das eigentlich für einen Sachverständigen völlig unzumutbar ist, in 19 Sekunden eine Antwort zu geben. Wenn Sie antworten möchten, Herr Petri, gerne, dann würde ich Ihnen ein wenig Zeit geben und ansonsten ist das immer hilfreich, wenn man sich im Rahmen seines Kontingentes dann auf die Fragen konzentriert. Wenn Sie möchten, können Sie bis zu einer Minute antworten. Danke.

Noam Petri (Jüdische Studierendenunion Deutschland): Also, dass die Frage von Ihnen kommt, wundert mich nicht. Ich habe auch eine Gegenfrage an Sie. All die Gruppen, die ich gerade genannt habe, also die Gruppen, die Zeit für deutsches Blut rufen, die die Hamas eindeutig unterstützen, die mit Hamas-Dreiecken Universitätspräsidenten bedrohen, jüdische Studenten mit Hamas-Dreiecken bedrohen, sprechen sich gegen die IHRA aus und für die JDA (The Jerusalem Declaration on Antisemitism), die andere Antisemitismus-Definition. Sollte Ihnen das nicht zu denken geben, wenn Hardcore-Antisemiten sich für eine Antisemitismus-Definition aussprechen? Es ist auch kein Wunder, dass Sie sich gegen die IHRA aussprechen, weil Sie davon benannt werden und getroffene Hunde bellen. Dementsprechend bleibe ich weiter der Ansicht, dass die IHRA genau das richtige Mittel ist, weil sie den Antisemitismus benennt, der an unseren Universitäten herrscht.

Und ja, ich werde auch weiterhin das Bleiben von Uffa Jensen an der TU als Antisemitismusbeauftragten kritisieren, weil er ernannt worden ist, ohne Absprache mit den



jüdischen Studenten, für die er ja eigentlich da sein soll.

Und zweitens hat die TU-Präsidentin witzigerweise uns, der jüdischen Studierendenunion, Verleugnung vorgeworfen und gleichzeitig über Wochen hinweg sich dafür eingesetzt mit diesen Studenten, die eindeutig hinter einer Terrororganisation stehen, die in Deutschland verboten worden ist, zu diskutieren. Dementsprechend bleibe ich hinter der IHRA und bin der festen Überzeugung, dass sie weiterhin implementiert werden sollte.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank, dann kommen wir jetzt zur Nachfragerunde und hier kommt zunächst für die SPD-Fraktion Oliver Kaczmarek.

Abg. **Oliver Kaczmarek** (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Zunächst noch einmal der Dank auch an die Sachverständigen. Ich glaube, das ist gut, dass wir diese Anhörung aus der demokratischen Mitte des Hauses zusammen für heute organisiert haben. Und Ihre sehr klaren und eindringlichen Statements sind für uns auch Mahnung und Motivation, entschieden gegen Antisemitismus an Bildungseinrichtungen einzutreten. Das war gut, dass das heute nochmal bekräftigt worden ist.

Ich möchte eine Frage an Frau Krause-Hinrichs stellen. Es geht mir nochmal darum, den Blick auch auf Schulen zu lenken und wir merken, dass in unseren eigenen Begegnungen mit Schulen, ein akutes Problem gibt und deswegen möchte ich einmal fragen, was neben dem, was schon genannt worden ist, Unterrichtsreihen, die man in der neunten Klasse oder so einführt, in der akuten Situation machen können und ob Sie uns vielleicht ein Bild geben können, wie Sie das Ausmaß von antisemitischen Vorfällen in Schulen einschätzen.

Susanne Krause-Hinrichs (Stiftung für Toleranz und Völkerverständigung): Vielen Dank. Es ist nicht nurbrisant, es ist wirklich furchtbar, und zwar in allen Schulformen und auch in allen Regionen. Zum mindest in Brandenburg kann ich das ganz gut beurteilen, da kommt das vor. Das Schlimme ist eben, dass Lehrkräfte, selbst wenn sie sich dem stellen wollen, unheimlich beansprucht sind, darauf einzugehen und da Prozesse in die Wege zu leiten. Und das ist eine dramatische Situation, an der nichts zu

beschönigen ist. Und da mischen sich übrigens alle möglichen antisemitischen Ressentiments ein. Von allen Seiten inzwischen. Das ist das eine und das andere ist, was wir jetzt auch beobachtet haben, dass die Kinder, die antisemitische Äußerungen machen, damit provozieren und so, immer jünger werden. Also inzwischen ist das auch im Grundschulbereich angekommen.

Der **Vorsitzende**: Weitere Frage aus der SPD?

Abg. **Oliver Kaczmarek** (SPD): Vielleicht noch eine Frage an Frau Erlbaum. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir jüdisches Leben auch sichtbar machen und Begegnungen mit jüdischem Leben schaffen. Insofern die Frage, ob Sie da auch einen Impuls sehen würden, zum einen Begegnungen in den Städten und Gemeinden zu organisieren, aber auch den Austausch mit Israel ganz konkret zu führen, auch im Schulbereich.

Shila Erlbaum (Zentralrat der Juden in Deutschland): Danke für diese Frage. Ich denke, es ist sehr wichtig, den Austausch mit Israel weiterzuführen. Aus meiner oder unserer Erfahrung ist genau das etwas, was auch langfristig wirkt. Wenn Schülerinnen und Schüler ein Austauschprogramm im regulären Schulunterricht mitgemacht haben, dann lernen sie das Land in seinen verschiedenen Facetten kennen und wirken auch dementsprechend als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. Begegnungen sind meines Erachtens ein wichtiger Baustein im Kampf gegen Antisemitismus in der Präventionsarbeit. Der Zentralrat der Juden hat das Programm Meet a Jew, wo jüdische Schülerinnen und Schüler in Pärchen in Schulen gehen und auf Augenhöhe ins Gespräch kommen und über das jüdische Leben sprechen. Sie reden nicht über den Antisemitismus, es sei denn sie werden gefragt, aber es geht letzten Endes darum, das jüdische Leben darzustellen und sich zu präsentieren.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Kommen wir zur CDU/CSU-Fraktion mit Gitta Connemann.

Abg. **Gitta Connemann** (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Herr Professor Müller äußerte sich zum Schluss und sagte, alle Hochschulangehörigen müssen eine Atmosphäre vorfinden, in der sie sicher studieren und lehren können. Auch Jüdinnen und Juden haben das Recht dazu. Ich finde es absolut entsetzlich, dass



wir inzwischen eine Selbstverständlichkeit tatsächlich als Forderung und Bitte formulieren müssen. Das zeigt das Dilemma des gesamten Ausmaßes dessen, was wir vorfinden und dass Sie geschildert haben. Im Übrigen auch seitens des letzten Beitrages des Kollegen von der Gruppe, der auch noch die IHRA-Definition infrage stellt.

Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung, lieber Herr Professor Rosenthal. Reaktoren haben einen Ermessensspielraum, aber sich zu verbitten, dass Politik und Medien sich mit der Ermessensausübung kritisch auseinandersetzen, finde ich ein echt starkes Stück. Wer sich öffentlich äußert, wie auch Frau Professor Rauch, muss mit öffentlichen Antworten rechnen. Antisemitismus ist von der Hochschulautonomie nicht gedeckt, in aller Deutlichkeit.

Und jetzt meine Frage an Herrn Professor Müller. Sie haben gesagt, die Normalität der jüdischen Anwesenheit muss strukturell gesichert werden. Wie könnte dies erfolgen?

Und Sie wünschen sich, dass Antisemitismusbeauftragte eine stärkere Qualifikation, was auch IHRA angeht, haben. Was würden Sie insoweit vorschlagen?

Der **Vorsitzende**: Okay, Herr Rosenthal war indirekt angesprochen, aber Herr Müller ist gefragt. Herr Müller, bitte.

Prof. Dr. Stefan Müller (Frankfurt University of Applied Sciences): Der Schutz jüdischen Lebens an den Hochschulen, er sollte, er muss eine Selbstverständlichkeit sein. Wir leben in Zeiten, in denen jüdisches Leben nicht nur an den Hochschulen, sondern generell in der Gesellschaft seit Jahren, seit Jahrzehnten nur unter Polizeischutz, nur unter erheblichen Vorkehrungen gesichert und abgesichert werden kann. Wir haben uns viel zu lange an eine Normalität gewöhnt, in der jüdisches Leben bedroht ist, in der jüdisches Leben nur unter Polizeischutz oder unter erheblichen Sicherheitsvorkehrungen stattfinden kann. Veranstaltungen an Universitäten zum jüdischen Leben, können heute auch meist nur noch unter erheblichen Sicherheitsvorkehrungen stattfinden und das hat auch nicht zuletzt damit zu tun, dass sich Hochschulen, Bildungseinrichtungen und Forschungseinrichtungen in ihrer

Selbstbeschreibung als antisemitismusfreie Orte verstehen.

Und wir sehen heute, spätestens nach dem 7. Oktober, dass Orte der Bildung auch Orte des Antisemitismus sind, in denen sich Antisemitismus zeigt, artikuliert und wiederfindet. Den Schutz jüdischen Lebens an den Hochschulen zu gewährleisten, heißt jüdische Perspektiven einzubeziehen, den Zentralrat der Juden einzubeziehen, die jüdische Studierendenunion einzubeziehen und auch das Netzwerk jüdischer Hochschullehrender einzubeziehen und nachzufragen, wie denn jüdisches Leben konkret an den jeweiligen Hochschulen unterstützt werden kann und dazu sind Antisemitismusbeauftragte eines der zentralen Elemente. Antisemitismusbeauftragte, müssen dann aber auch die aktuelle Form des Antisemitismus erkennen, benennen und kritisieren können und das ist aktuell der israelbezogene Antisemitismus.

Der **Vorsitzende**: Für Bündnis 90/ Die Grünen, Kollegin Marlene Schönberger.

Abg. **Marlene Schönberger** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank Herr Vorsitzender. Als Vorbemerkung sei mir gestattet, dass es immer schwer zu ertragen ist, wenn sich die AfD als Schützer/-innen von Jüdinnen und Juden aufspielt, denn wir wissen doch alle, dass es da immer nur um den Antisemitismus der anderen geht.

Aber meine erste Frage geht an Herrn Professor Rosenthal. Wir haben gerade gehört, dass viele der unsäglichen Ereignisse auch durch das Schweigen und den fehlenden Widerspruch der nichtradikalen Studierenden und nichtradikalen Dozierenden ermöglicht werden. Da würde mich interessieren, wie begegnen die Hochschulen diesen Problemen?

Meine zweite Frage wäre nochmal an Herrn Professor Salzborn, und zwar ob Sie in der deutschen Forschungslandschaft im Bereich der Antisemitismusforschung und jüdisches Leben Defizite sehen?

Prof. Dr. Walter Rosenthal (Hochschulrektorenkonferenz): Ich habe schon mehrfach darauf hingewiesen, es gibt viele Veranstaltungen, die sich mit diesem Thema



befassen. Wir haben vor kurzem eine Zusammenstellung gemacht, das sind zehn Seiten, eng beschrieben, mit Veranstaltungen, die sich gerade mit dieser Thematik befassen. Die dringen natürlich weniger nach außen. Es ist nicht spektakulär und deswegen ist es so, dass sie auch von außen wenig wahrgenommen werden. Vielleicht ist das ein Fehler. Ansonsten stimme ich Ihnen durchaus zu. Also ich hätte mir auch hier und da einen anderen Aufschrei gewünscht, was diese antisemitischen Vorfälle angeht.

Und wir als HRK haben immer dazu aufgerufen, dass alle betroffen sind. Alle Hochschulangehörigen, alle Hochschulmitglieder haben da eine Verantwortung und wir werden auch nicht müde werden, darauf hinzuweisen. Aber ich habe immer das Gefühl, es ist auch die Erwartung im politischen Raum, dass man jetzt einen Schalter umlegt. Das wird so nicht gehen. Wir müssen uns mit dem Thema auseinandersetzen und müssen uns offensiv mit dem Thema auseinandersetzen. Und meine Befürchtung ist, dass das auch in den nächsten Monaten, auch solang der Krieg noch anhält, auch so weitergehen wird.

Prof. Dr. Samuel Salzborn (Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin): Über die Defizite in Bezug auf die Forschungsauseinandersetzung könnte ich jetzt, glaube ich, deutlich länger als eine Minute, die mir höchstens zur Verfügung steht, sprechen. Aber ich würde es vielleicht mal so sagen. Ich glaube, es ist durchaus ein Problem, dass auf der einen Seite Forschungsfördermittel temporär verteilt werden, das ist hervorragend, dass sich das aber institutionell nicht abbildet, ist ein großes Desiderat der Auseinandersetzung mit Antisemitismus. Wenn wir schauen, wir haben einige engagierte Kolleginnen und Kollegen, einer sitzt auch hier mit am Tisch, die im Bereich Antisemitismus an den Hochschulen und Universitäten in Deutschland forschen. Aber institutionalisiert, also im Sinne von entsprechenden Denominierungen von Professuren, finden wir das mit Gegenwartsbezug tatsächlich momentan nur in einer in den Besetzungen befindlichen Stelle an der Universität Tübingen. Gegenwartsbezug meint, dass wir in der Antisemitismusforschung ganz zentral Politikwissenschaft und Soziologie als die zentralen Kompetenzfächer brauchen. Historische

Forschung ist wichtig, aber sie bringt uns nicht immer unbedingt bei der Gegenwart unmittelbar weiter.

Und wenn wir da hinschauen, bei der Institutionalisierung von Professuren, die in ihrer Denominierung das Thema Antisemitismus haben, ist da eine große Fläche des Nichts, in dem gerade, wie gesagt in Tübingen, ein Besetzungsverfahren beginnt. Das läuft, wo eine politikwissenschaftliche Professur für Antisemitismusforschung besetzt wird, am neu gegründeten Institut für Rechtsextremismusforschung. Ansonsten sind das engagierte, tolle Kolleginnen und Kollegen, die das nebenbei und on top machen. In Sachen Denominierung und Gegenwartsbezug ist es aber ansonsten in der Forschungslandschaft in Deutschland sehr düster und damit eben auch in der institutionellen, dauerhaften Verankerung, was das Thema angeht.

Der **Vorsitzende**: Dankeschön für die FDP-Fraktion. Kollegin Ria Schröder.

Abg. **Ria Schröder** (FDP): Ich habe meine Frage eben schon gestellt und würde Herrn Dr. Adler gerne die Möglichkeit zur Beantwortung geben.

Dr. Elio Adler (WerteInitiative e.V.): Vielen Dank für die Frage. Sie sind in der Tat extrem wichtig, weil die sozialen Medien, wie wir alle wissen, der entscheidende Drucktopf sind, in dem heute gebrodet und gekocht wird. Der erste Schritt ist ein Schritt im Umgang mit den sozialen Medien zu finden, der profan klingt, aber wichtig ist. Das Thema Medienkompetenz ist ein völlig unterbelichtetes Thema. Wir treten seit langem dafür ein, dass Medienkompetenz ein integraler Bestandteil von jedem Fach in der Schule wird. Dass wir eine kritische Bildung erreichen, wo die Menschen verstehen, dass soziale Medien Emotionen bedienen, auf einem absoluten Urniveau funktionieren und an die niedersten Instinkte von Menschen appellieren. Und folglich wäre die nötige Diskussion rund um die Gefahren sozialer Medien eine Diskussion, die genau in diesen sozialen Medien stattfinden müsste, die aber natürlich diese Diskussion gegen sich selbst nicht befördern wird.

Also bleibt als zweiter Schritt, wenn die Medienkompetenz nur von außen beigebracht werden kann, dass man Standards seitens von



Regierungen setzt. Der DAS (Digital Services Act) ist, glaube ich, noch zu frisch, um da irgendwelche abschließende Meinungen zu haben. Aber wenn eben das Thema Definitionen von Antisemitismus und strafrechtliche Fragen aufkam, ist sicher die IHRA hier auch etwas, was eine große Rolle in der Bewertung dessen spielen sollte, was zulässige Meinungsäußerungen in sozialen Medien sind und was eben nicht erlaubt sein sollte. Denn es gibt eben keine Diskussion um die Relevanz dieser Definition. Es ist die Einzige, die von betroffenen und relevanten Akteuren akzeptiert wird, und zwar nicht, weil sie ferngesteuert im Regierungsinteresse irgendeiner Regierung unterwegs ist, sondern weil das nach eigener Erfahrung die beste Definition ist. Also IHRA in den sozialen Medien ist der zweite Schritt.

Der letzte Schritt ist in der Tat, dass die Regulierungsmaßnahmen scharf sein müssen. Es kann nicht sein, dass Konzerne in Deutschland Geld verdienen, aber sich gleichzeitig der Staat immer wieder sehr schwach fühlt, wenn es darum geht, Konzerne für Verantwortlichkeiten, die nicht eintreten, zu belangen. Also diese Stufen sind glaube ich entscheidend. Bildung in der Hoffnung, dass Medienkompetenz in Schulen eine Rolle spielen kann. Das Setzen von Standards, sprich IHRA, was Antisemitismus angeht, und das Letzte sind Sanktionen und Regulierungen.

Der **Vorsitzende**: Noch eine Nachfrage?

Abg. **Ria Schröder** (FDP): Wenn wir die Zeit noch haben, gern nochmal eine kurze Frage an Frau Erlbaum, auch zum Thema Social Media. Auch gerade im Bereich der Schulen gibt es neben dem Phänomen Antisemitismus verstärkt das Phänomen Islamismus, bei dem Leute besonders über Social Media, auch muslimische Jugendliche ansprechen, denen auch unser Schutz gebührt. Deswegen, vielleicht können Sie das noch mal kurz kommentieren, was Schulen an der Stelle leisten können.

Shila Erlbaum (Zentralrat der Juden in Deutschland): Auch hier denke ich, die Medienkompetenz muss geschult werden. Manche Lehrkräfte setzen sich überhaupt nicht mit der Wirkmächtigkeit von sozialen Medien auseinander, weil es für sie in ihrer Realität keine Rolle spielt. Aber sie verstehen nicht, dass es in

der Realität der Schülerinnen und Schüler eine sehr große Rolle spielt. Das heißt, nicht nur die Schülerinnen und Schüler müssen verstehen und in Medienkompetenz gebildet werden, sondern auch die Lehrkräfte. Sowohl die angehenden als auch natürlich die bestehenden Lehrkräfte.

Der **Vorsitzende**: Für die AfD-Fraktion, Herr Frömming.

Abg. **Dr. Götz Frömming** (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich darf für meine Fraktion erklären, dass wir jegliche Art von Antisemitismus verurteilen, scharf verurteilen. Ich glaube aber auch, dass es falsch wäre zu denken, dass Antisemitismus ein, sage ich mal, kleineres Problem wäre, wenn er von links oder aus dem migrantischen Milieu kommen würde. Wer denkt, dass dieser Antisemitismus irgendwie weniger schlimm sei, ist, glaube ich, selbst Teil des Problems.

Meine Frage geht in diese Richtung. Ich würde gerne Herrn Adler von der WertInitiative fragen. Sie haben sich auf ihrer Webseite auch kritisch zum sogenannten Postkolonialismus geäußert. Mein Eindruck ist, dass der jetzige Antisemitismus, der israelbezogene Antisemitismus, vor allen Dingen von Linksextremisten getragen wird, aber auch von Islamisten aus dem migrantischen Milieu. Kann es sein, dass das Bindeglied zwischen diesen eigentlich unterschiedlichen Gruppen, vielleicht der Postkolonialismus sein könnte? Was sagen Sie zur Rolle der Postcolonial Studies? Haben die hier vielleicht einen Anteil an dem, was wir beobachten?

Dr. Elio Adler (WerteInitiative e.V.): Ach, wissen Sie, jede politische Richtung hat so ihre eigenen Gründe, wieso sie das friedliche Zusammenleben unter Druck setzen und möglicherweise abschaffen möchte und einen davon haben Sie genannt. Andere gibt es natürlich auch. Das, was Sie genannt haben, ist ein Einfallstor über die Postcolonial Studies. In unserer Wahrnehmung ist das ein Trend, der sich in Wahrheit gegen das Zusammenleben, wie wir es uns vorstellen, richtet. Es werden aus einem schlechten Gewissen heraus, aus einem Selbsthass gegen eine kapitalistisch geprägte soziale Marktwirtschaft, also einen Selbsthass auf das, was seit dem Zweiten Weltkrieg in Europa und in Deutschland



geschaffen wurde, Argumentationen herbei gezerrt, die letztendlich das Zusammenleben hier delegitimieren sollen, uns quasi alle zu Tätern, weißen Tätern gegenüber einem sogenannten globalen Süden machen sollen. Und dann wird in diesem Zusammenhang eben Israel als weißes Kolonialkonstrukt dargestellt, was einfach völlig faktenfrei ist. Insofern ist natürlich der Missbrauch des breiten Feldes einer durchaus diskussionswürdigen Kolonialgeschichte der westlichen Welt, der Missbrauch dieses Faktenspektrums. Und die Verengung auf das Thema Israel ist hochgradig von Interessen getrieben, was ich vorhin gesagt habe, und fällt eben auf einen sehr fruchtbaren Boden. Da kommt es zu einer Vermischung mit antisemitischen, antizionistischen, antiisraelischen Ressentiments. Der Boden ist fruchtbar und darum klappt es eben so gut, diese Argumentationsweise zu wählen. Man schadet damit letztendlich den wahren Opfern, den wahren Themen rund um den Kolonialismus und dessen Folgen, in dem er eben als Kampffeld, als Kampfthema angeführt wird und das ist in der Tat beschämend.

Der **Vorsitzende**: Dann kommen wir jetzt zu den Gruppen. Anderthalb Minuten, Nicole Gohlke.

Abg. **Nicole Gohlke** (Die Linke): Unser Fachgespräch heißt Antisemitismus an Bildungs- und Forschungseinrichtungen bekämpfen. Es ist völlig klar, dass der aktuelle Anlass natürlich auch der 7. Oktober sein muss und die Zunahme von antisemitischen Übergriffen. Aber ich möchte auch erwähnen, dass auch antimuslimische Übergriffe dramatisch hoch geworden sind. Das muss uns beschäftigen.

Ich empfinde es trotzdem als ein großes Versäumnis von uns als Parlament und auch uns als Ausschuss, dass wir es davor nicht geschafft haben, dieses Thema größer zu machen und auch größer zu behandeln, sondern dass wir im Kern diesen 7. Oktober als Anlass gebraucht haben, um auf dieses Themenfeld Antisemitismus in Bildungseinrichtungen und Hochschulen überhaupt drauf zu schauen. Und deswegen möchte ich schon auch kurz nachfragen: Der Antisemitismus von rechts, den gibt es ja auch immer noch und der ist aber heute von den Sachverständigen tatsächlich nicht thematisiert worden. Ich verstehe, dass es gerade einen anderen Fokus gibt, aber ich verstehe nicht die

Auslassung. Das muss ich an der Stelle schon wirklich sagen. Es gibt Übergriffe auf jüdische Schülerinnen und Schüler quer über die Republik. Ich nenne zum Beispiel Bautzen, ich nenne Vorfällen in Brandenburg und ich möchte an der Stelle schon noch einmal kritisch nachfragen, warum das einfach kein Thema ist. Also gern, wer sich für die Frage zur Beantwortung berufen fühlt, aber ich würde die Frage auch gern an Dr. Klein stellen.

Der **Vorsitzende**: Sie haben jetzt noch elf Sekunden, weil die Frage so ausufernd eingeleitet wurde, aber ich gebe Ihnen eine Minute, Herr Klein.

Dr. Felix Klein (Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und Kampf gegen Antisemitismus): Jede Form von Antisemitismus ist zu verurteilen. Das ist, glaube ich, klar. Das eint uns, glaube ich, alle hier im Raum. Im akademischen Milieu und darum ging es in der Anhörung vor allem, ist nun mal aber der Antisemitismus von links. Und der, wie sich gezeigt hat, gerade nach dem 7. Oktober auch von islamistischer Seite nun ganz virulent ist. Darum ging es. Das ist jetzt die politische Debatte.

Ich teile Ihre Einschätzung. Ja, es ist bedauerlich, dass es einen Anlass braucht, wie den 7. Oktober. Der Antisemitismus von rechts ist nicht weg, aber den gibt es auch beim israelbezogenen Antisemitismus. Der ist hier auch von allen benannt worden und ja, wie gesagt, wir müssen, dürfen nicht eine Form des Antisemitismus gegen die andere ausspielen, sondern es gibt keinen harmlosen Antisemitismus. Das habe ich immer wieder betont und das sollte auch so weiter gehandhabt werden. Danke.

Der **Vorsitzende**: Dankeschön Ali Al-Dailami für die BSW.

Abg. **Ali Al-Dailami** (BSW): Frau Gohlke hat meine Frage bereits vorweggestellt, also passt das. Keine Nachfrage.

Der **Vorsitzende**: Okay, dann kommen wir jetzt direkt zu Kollege Stüwe für die SPD-Fraktion.

Abg. **Ruppert Stüwe** (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender und vielen Dank an diejenigen, die Sicherheitsexperten und Experten, dass sie mit uns ins Gespräch kommen. Noch einmal, das ist ein wichtiges Thema und ich finde auch, das ist



ein Thema, was die gesamte Bildungskette betrifft, denn wer jemals jüdische Kindergärten oder Schulen besucht hat, der weiß, wie schon allein der Besuch einer Schule für Jüdinnen und Juden, mit dem Thema Antisemitismus zu tun hat.

Ich würde aber jetzt trotzdem noch mal gern Herrn Rosenthal zur Situation an den Hochschulen befragen, weil, wir haben da jetzt mehrere Diskurse, die zueinander gehen. Auf der einen Seite ist es klar, dass es ein enormes Sicherheitsinteresse jüdischer Studierender ist. Es ist noch mal sehr eindrucksvoll dokumentiert worden. Auf der anderen Seite habe ich auch Verständnis für diejenigen, die zu mir kommen und sagen, dass sie die aktuelle Auseinandersetzung in Gaza und das Leid bewegt und dass sie dafür Diskursräume brauchen. Und wir sehen aber, dass diese Diskursräume ganz häufig von denjenigen missbraucht werden, die Israel das Existenzrecht aberkennen möchten. Und da will ich sagen, fängt der Antisemitismus für mich an, wenn man sagt, es gibt keinen sicheren Ort für Jüdinnen und Juden, dieser sichere Ort soll verschwinden. Deswegen würde ich Herrn Rosenthal noch mal befragen, was für Leitlinien Sie sich von uns erhoffen, auch zum Umgang damit, wie wir jüdische Studierende an Hochschulen ganz konkret besser schützen können?

Prof. Dr. Walter Rosenthal

(Hochschulrektorenkonferenz): Wir haben uns da sehr häufig auch als HRK zu geäußert: Antisemitismusbeauftragte und Ansprechpartner. Durchgängige Wege sind zum Beispiel etwas sehr Wichtiges. Das sind so praktische Dinge wie, mehr Wachpersonal einzustellen. Das ist auch erfolgt, zum Beispiel an der FU. Es gibt viele Diskursräume, die eröffnet wurden und das halte ich für den langfristig wichtigen Weg. Es wird über Veränderungen von Studiengängen nachgedacht. Das ist, glaube ich, wirklich entscheidend. Man stellte schon fest, dass heute wenig über die jüdische Geschichte und auch die Situation der Jüdinnen und Juden bekannt ist. Das zeigen auch die Umfragen ganz eklatant. Die Umfragen in den USA haben gezeigt, dass 50 Prozent derer, die „from the river to the sea“ skandieren, weder wissen, wie der „River“ heißt, noch wie die „Sea“ heißt. Und deswegen, auch wenn das keine befriedigende Antwort für die

augenblickliche Situation ist, müssen wir langfristig daran arbeiten und Aufklärung betreiben. Und das ist auch letzten Endes das ureigenste Betätigungsfeld der Universitäten und der Hochschulen.

Daneben gibt es aktuelle Maßnahmen, die ich gerade kurz skizziert habe. Und eine wichtige, die ich auch in meinem Statement noch zum Schluss benannt habe, ist eben einfach die Zusammenarbeit mit israelischen Partnern zu stärken und das auch sichtbar zu machen.

Der **Vorsitzende**: Danke für die CDU/CSU-Fraktion, Kollegin Professor Monika Grüters.

Abg. **Prof. Monika Grüters** (CDU/CSU): Wir alle haben diese Milieus, in denen wir im Moment solch antisemitischen Ausschreitungen erleben, in Kultur und Hochschulen, für zu gebildet, zu reflektiert und zu tolerant gehalten, als dass wir es für Möglichkeiten hätten, dass wir diese aggressiven Auswüchse erleben. Das macht auch einen Teil der Hilflosigkeit in unserer Reaktion aus. Aber wir kennen natürlich auch viele, gerade kulturverantwortliche Hochschulangehörige, die genauso über die Entgleisung in ihren Milieus entsetzt sind. Und deshalb, weil wir uns einig sind, dass wir möchten, dass jüdische Mitbürger hier sicher und gut aufgehoben sind, fühlen wir uns solidarisch.

Jetzt habe ich eine Frage an Sie, Herr Klein, weil Sie auch den Parlaments- und Regierungsbetrieb gut kennen. Was erwarten Sie denn vom Bundestag, was wir unter Beachtung der Hochschulautonomie oder der Freiheit der Kunst hier aus dem parlamentarischen Raum heraus für dieses gemeinsame Interesse tun können, außer solche Anhörungen zu machen? Es ist unbefriedigend, mit nichts auseinander zu gehen, deshalb frage ich Sie.

Der **Vorsitzende**: Jeder Fraktion steht es frei, Gesetzentwürfe und Anträge einzubringen. Herr Dr. Klein.

Dr. Felix Klein (Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und Kampf gegen Antisemitismus): Da möchte ich auch anschließen, Herr Vorsitzender. Es ist hier schon auch von Frau Krause-Hinrichs gesagt worden. Dieser Forderung möchte ich mich anschließen. Es gibt Regelungslücken im Strafrecht, gerade



beim Volksverhetzungsparagrafen. Da wäre es sehr gut, wenn antisemitische Tathandlungen auch besonders beschrieben werden würden, weil wir dann tatsächlich das Wort antisemitisch einmal im besonderen Teil des Strafgesetzbuches hätten. Wir haben es nur im § 46 Absatz 2 StGB (Strafgesetzbuch), aber das wäre ein sehr wichtiges Petitum, das ich habe. Und damit würden wir nämlich nicht nur der Justiz und der Polizei Mittel an die Hand geben, sondern auch tatsächlich den Hochschulen. Das ist wirklich sehr wichtig.

Auch der Aufruf zur Vernichtung anderer Staaten sollte unter Strafe gestellt werden. Das würde dann ganz eindeutig „from the river to the sea“ betreffen und die Justiz, die Polizei und die Ordnungsbehörden auf den Plan rufen. Wie wichtig das ist, zeigt ein Straftatbestand, den wir in der letzten Legislatur geschaffen haben. Das Verbrennen ausländischer Fahnen ist nämlich unter Strafe gestellt worden. Und das hilft der Polizei, den Ordnungsbehörden und ich glaube auch den Universitätsleitungen, wenn es so einen Straftatbestand gäbe. Gerade auch dann in der Durchsetzung des Hausrechts, was Herr Professor Rosenthal zu Recht moniert. Das ist eigentlich nicht hinnehmbar, dass eine Universität, wie die in Frankfurt, versucht gegen einen Protestkampf vorzugehen, auf eigenem Grund sozusagen und dann scheitert. Also das glaube ich ist wichtig, noch einmal deutlich zu machen.

Wir sind hier nicht im Rechtsausschuss, also das glaube ich sollten Sie mit Ihren Kollegen dort aufnehmen. Ich führe selbst auch Gespräche und die Thematisierung von Antisemitismus an sich finde ich auch sehr wichtig. Es erhält jetzt nur ansatzweise wirklich die Bedeutung, die es eigentlich hat. Wir sollten vielmehr darüber reden und das sensibilisiert nämlich auch die Öffentlichkeit und den Bundestag.

Der **Vorsitzende**: Dankeschön, wir haben die Berichterstattendenrunde absolviert, die Nachfragerunde und jetzt sind noch weitere Nachfragen bei mir eingegangen. Ich schließe dann zugleich aber auch die Liste. Gemeldet haben sich noch die Kolleginnen und Kollegen Thomas Jarzombek, Dr. Götz Frömming und Dr. Carolin Wagner. Hier jeweils die Bitte, um eine kurze Frage und auch die Bitte um eine kurze

Antwort. Für die CDU/CSU-Fraktion, Kollege Thomas Jarzombek, kurz bitte.

Abg. Thomas Jarzombek (CDU/CSU). Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf mich vor allem bei Ihnen als Sachverständige für ihre sehr ausdrücklichen und eindrücklichen Schilderungen bedanken. Das Thema macht uns sehr betroffen. Wir sind als CDU/CSU-Fraktion bereits im Februar mit der Initiative für dieses heutige Fachgespräch gestartet. Wir haben dazu im Übrigen auch einen Antrag eingereicht, der auch eine Drucksachennummer im Bundestag hat und im April schon gelesen wurde. Unser Wunsch ist es auch, dass wir hier verabredet sind, interfraktionell zu einem schnellen Antrag zu kommen.

Meine Frage wäre jetzt auch noch mal an Herrn Petri. Wir haben heute schon einiges gehört, was aus Sicht der Studierenden den gesetzgeberischen Handlungsbedarf betrifft. Was wären aus Ihrer Sicht nochmal die drei wichtigsten Punkte, die wir hier als Parlament bearbeiten sollten?

Noam Petri (Jüdische Studierendenunion Deutschland): Nummer eins, ganz besonders in Berlin, dass die Möglichkeit der Exmatrikulation besteht. Ich weiß, dass es sehr schwierig ist, diese umzusetzen und deswegen komme ich auch zu meinem zweiten Punkt, und zwar das Hausrecht als solches. Wir haben nämlich schon mehrmals mitbekommen, dass zwei Drittel der Krawallmacher gar keine Studenten sind, und da muss es auch politisch den Druck geben, dass solche Menschen, die nur in die Universität kommen, um Krawall zu machen und die Universität zu stören, auch rausgeschmissen werden können und das ziemlich schnell.

Und drittens, wieder Punkt Hausrecht, aber beim Hausrecht muss es die Möglichkeit geben, schneller durchzugreifen, wenn Studenten das Studieren als Privileg nutzen, um andere Studenten bewusst daran zu hindern, zu studieren. Also wir erleben, dass ein ganzes Institut zerstört worden ist und jetzt für vier Wochen mindestens nicht nutzbar ist. Ein Schaden von 150.000 Euro ist entstanden und bis heute gibt es, obwohl man weiß, wer es unter anderem war, kein einziges Hausrecht oder ein Verbot. Hausverbot für Aktivisten oder Studenten, das sind die wichtigsten Punkte. Bildung ist sehr



wichtig, aber man muss auch endlich mal durchgreifen.

Der **Vorsitzende**: Kurze Frage, kurze Antwort, Götz Frömming, AfD-Fraktion.

Abg. Dr. Götz Frömming (AfD): Vielen Dank, das geht jetzt auch nochmal an Herrn Petri. Ich habe Ihren eindrücklichen Schilderungen entnommen, dass Sie entweder selbst oder Freunde von Ihnen persönliche Anfeindungen, vielleicht sogar körperliche Angriffe erlebt haben. Was ist Ihnen berichtet worden, sind das Täter, die spontan vorgegangen sind oder gezielt organisiert, was wissen Sie über die Täter?

Noam Petri (Jüdische Studierendenunion Deutschland): Also wir haben es mit einem Milieu zu tun, das ziemlich gut organisiert ist. Ganz besonders in Berlin, aber auch bundesweit, führen sie Vernetzungen durch, sodass es auch Menschen gibt, die in Düsseldorf auftreten und wiederum ein, zwei Wochen später in Berlin auftreten. Das sind Gruppen, die teilweise im Verfassungsschutzbericht stehen, wie zum Beispiel ArbeiterInnenMacht oder Young Struggle, ZORA, die auch schon eine Polizeidurchsuchung hatten aufgrund von Terrorverherrlichungen. Das sind Gruppen, die in diesen Milieus teilweise in vielen Gruppen gleichzeitig sind oder neuen Hochschulgruppen, die sich dann meistens irgendwie Palestine-Komitee nennen und dann folgt der Hochschulname und sich dahinter positionieren. Es sind organisierte Gruppen, die es sich zum Ziel machen, die Universität und das Hochschulleben zu erschweren, zu zerstören und es sich auch zum Ziel machen, durch Druck durch Bedrohung, Universitätspräsidenten zu Statements zu bewegen. Und die Angriffe sind vielleicht nicht, das kann ich jetzt nicht bestätigen oder beweisen, vielleicht nicht geplant, aber sie kommen aus strukturierten Organisationen hervor.

Der **Vorsitzende**: Dankeschön, für die SPD-Fraktion, Kollegin Caroline Wagner, auch mit der Bitte um Kürze.

Abg. Dr. Carolin Wagner (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Wir haben in den Eingangsstatements die Entwicklung der Zahlen antisemitischer Vorfälle in Deutschland seit dem 7. Oktober noch einmal gehört. Mich würde interessieren, Herr Dr. Klein, Sie haben ja quasi einen Blick auf alle Bereiche, in denen

Antisemitismus seitdem, aber auch schon vorher entsprechend zutage getreten ist. Wir haben jetzt hier die Bildungseinrichtungen explizit, die Hochschulen im Fokus gehabt. Können Sie uns nochmal aus dieser Gesamtschau mitgeben, wo große Unterschiede bestehen? Sehen Sie da überhaupt welche? Gibt es da etwas, das wir mit speziellem Fokus auf die Hochschulen hier nochmal mitnehmen sollen?

Dr. Felix Klein (Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und Kampf gegen Antisemitismus): Die Hochschulen sind natürlich auch nur ein Spiegel der Gesellschaft, das ist ganz klar. Und das, was man dort allerdings sieht, ist, ich glaube schon, dass das politische Engagement der Menschen, die an den Hochschulen sind, stärker ist als in der Gesamtgesellschaft. Und da ist übrigens doch dieser linke und von Islamisten unterstützte Antisemitismus, tatsächlich das größere Problem. Und in der Gesamtgesellschaft ist aber nach wie vor der Antisemitismus in der Mehrzahl, der von rechter Seite kommt. In der Mehrzahl der Vorfälle, gerade auch im Online-Bereich. Und das dürfen wir natürlich überhaupt nicht aus den Augen verlieren.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich würde damit jetzt dieses Fachgespräch schließen und vielleicht als „Lessons Learned“ für uns mitnehmen, und ich nocheinmal für alle festhalten möchte, dass uns das Thema bewegt und auch weiter beschäftigen wird. Antisemitismus muss auf allen Ebenen und in allen Räumen bekämpft werden. Nicht nur der Antisemitismus der anderen ist schlimm, sondern auch in der Nähe der eigenen Community. Und gerade dort sollte man dann auch entsprechend hineinwirken. Die verschiedenen Dimensionen sind heute durch die Sachverständigen sehr deutlich geworden. Die jüdische Gemeinde und Minderheiten müssen frei und sicher leben, lernen und studieren können. Diskursräume an den Hochschulen offen zu halten und zu ermöglichen ist wichtig, setzt aber Dialogbereitschaft voraus. Und mit Extremisten zu diskutieren, macht keinen Sinn. Der Schutz der Meinungs- und Demonstrationsfreiheit darf nicht als Freifahrtschein für antisemitischen Hass missbraucht werden.



Wir werden sicherlich weiter miteinander im Gespräch bleiben. Das ist das zweite große Fachgespräch in dieser Wahlperiode zu diesem Thema. Wir haben uns auch in der letzten Wahlperiode unter anderem mit dem Thema Antisemitismusforschung beschäftigt. Wir werden das auch weiter in der gebotenen Notwendigkeit tun und wir bedanken uns ganz herzlich bei Ihnen allen Sachverständigen. Das ist Ihr Abschlussapplaus.

Damit schließe ich die 77. Ausschusssitzung und rufe die 78. Ausschusssitzung für 11.30 Uhr ein. Ich werde dann sehr pünktlich beginnen.

Schluss der Sitzung: 11:21 Uhr

Kai Gehring, MdB
Vorsitzender

Verweis auf das Anlagenkonvolut